

IV.

P O D I U M S G E S P R Ä C H

zum Thema

PROBLEME, CHANCEN UND SCHWIERIGKEITEN BEI DER UMSETZUNG
DER DEUTSCH-POLNISCHEN SCHULBUCHEMPFEHLUNGEN

Leitung: Prof. Dr. WŁADYSŁAW MARKIEWICZ

und

Prof. Dr. WALTER MERTINEIT

TEILNEHMER an dem PODIUMSGESPRÄCH:

Dr. MANFRED DAMMEYER
MdL, Oberhausen

WOLFGANG HEINZ
Direktor der Theodor-Heuss-Akademie, Gummersbach

Studiendirektor DIETMAR KATZY
MdL, Aachen

Dr. MAREK RZESZOTARSKI
Ministerium für Volksbildung und Erziehung, Warschau

STEPHAN THOMAS
Journalist, Bonn

HENRYK ZDANOWSKI
Redakteur der Zeitschrift "Polityka", Warschau

TEILNEHMER an der DISKUSSION in der Reihenfolge ihrer Beiträge:

Studiendirektor JOSEF THEES
Gesamtseminar Düsseldorf

MARIAN PODKOWINSKI
Redakteur der Zeitschrift "Perspektywy", Warschau

Prof. Dr. MIECZYSLAW TOMALA
Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM), Warschau

CHRISTIANE LORENZ
Realschulrektorin, Solingen

Prof. Dr. PETER G. THIELEN
Universität Bonn

ARMIN DROSS
Journalist, Vlotho

Dr. HANS-WOLF RISSOM
Deutsche UNESCO-Kommission, Bonn

Ministerialrat Dr. HANS KNEPPER
Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. JAN BARCZ
Wissenschaftliches Institut im Ministerium für Justiz, Warschau

HENRYK ZDANOWSKI:

Ich bin Journalist, Redaktionsmitglied der Zeitschrift "Polityka", die - wie ich glaube - einen ansehnlichen Beitrag dazu geleistet hat, die polnische Öffentlichkeit mit der Praxis der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bekanntzumachen. Mein Chef, Redakteur Rakowski, war der erste Journalist in Polen, der "BRD" anstatt "DBR" schrieb - Sie werden sich an das erinnern, was Herr Podkowinski berichtet hat. Er war der erste, der diese Abkürzung verwandte - und natürlich war er ein Politiker.

Gerade meines Berufes wegen will ich nur einen Aspekt dieses Podiumsgesprächs, das die Probleme, die Chancen und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen zum Thema hat, aufgreifen. Ich werde mich nur mit den "Problemen" beschäftigen, und da ich ein politischer Journalist bin, werde ich die politischen Probleme betonen, die politischen und die moralischen. Jedermann weiß, daß Politik zwar unmoralisch ist, sich aber mit der Moral beschäftigt.

Ich werde mich nicht mit den Schwierigkeiten befassen, in denen Sie hier, in der Bundesrepublik, stecken. Diese Schwierigkeiten sind in erster Linie formaljuristischer Natur, und deswegen glaube ich, daß sich in erster Linie die deutsche Seite mit diesem Sachkomplex auseinandersetzen sollte. Wie sie das tut - davon hängt in hohem Maße unsere Einschätzung ihres guten Willens ab. Von meinem Standpunkt her sind das aber nur zweitrangige Fragen, die einfach unwürdig sind, als Hauptargumente benutzt zu werden - zumal in einer Situation, in der es um die prinzipiellen Probleme der gegenseitigen Beziehungen zweier Völker und zweier Gesellschaften geht.

Diese Völker wurden - und das ist noch gar nicht so lange her - in einer Atmosphäre gegenseitiger Feindschaft erzogen, einer Feindschaft, die auf bestimmten Klischeevorstellungen, Denkschemen und Vorurteilen beruhte. Diese Stereotypen stützen sich nicht zuletzt auf die einseitige Darstellung der Geschichte. Und von Geschichtsbüchern ist hier in erster Linie die Rede. Natürlich auch über die der Geographie, Herr Prof. Barbag, aber dazu komme ich noch. - Der Geschichtsunter-

richt ist ein wesentliches Element, gesellschaftliche Psychologie zu gestelten. Aber nicht nur die Geschichte als solche spielt hier eine Rolle, sondern auch das Verhältnis zur Geschichte, und dieses Verhältnis ist heutzutage eine wichtige Komponente der Politik. Und damit sind wir bei der Politik.

Der Revisionismus richtet sich gegen die politisch-geographischen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, gegen die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik aufgrund des Vertrages vom Dezember 1970. Ein solcher Revisionismus ist ein vielleicht kleiner, aber leider beständiger Teil der politischen Landschaft in der Bundesrepublik. Dieser Revisionismus wird in der Bundesrepublik recht aktiv betrieben, und zwar in erster Linie auf dem Gebiet der Propaganda und der Information über die Geschichte sowie über die aktuellen Belange. Aus diesem Grunde sind die ehrlichen Lehrbücher, die sich auf die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission stützen, ein wichtiges Element, einem künftigen Revisionismus entgegenzuwirken.

Die Frage, die gar nicht so rhetorische Frage lautet aber, ob man in Nordrhein-Westfalen - und das ist ja unser Thema - und in der Bundesrepublik einem revisionistischen Geist überhaupt entgegenwirken will, aktiv entgegenwirken will. Herr Minister Girgensohn hat hier - und nicht nur hier - die Entscheidung der Kultusminister über die Atlanten verteidigt. Seine These lautet, das sei ein Kompromiß, natürlich ein nicht zufriedenstellender Kompromiß, aber dennoch ein Schritt vorwärts. Zugleich aber sieht der Herr Minister in diesem Kompromiß kein festes Ergebnis. Diese Betonung des Provisoriums, des nicht zufriedenstellenden Charakters dieser Lösung ist natürlich eine nette Geste an unsere Adresse, damit wir das Ganze besser verdauen.

Die bestehende Tatsache aber muß die Revisionisten dennoch freuen. Es gibt ja Karten, die eine spezielle Markierung der polnischen Westgrenze aufweisen. Diese Grenze ist also für einen westdeutschen Schüler etwas zweideutig, sie ist fraglich, sie ist verdächtig. Ich glaube, ich brauche das nicht weiter auszuführen; Prof. Barbag hat das gestern und vorgestern schon detailliert getan. Von unserem Standpunkt aus muß man diese Lösung nicht als einen Kompromiß, sondern als eine

Beeinträchtigung des Vertrages vom Dezember 1970 betrachten. Ich befürchte, daß es in den Augen der Bürger der Bundesrepublik noch viel mehr solcher zweideutiger, fraglicher und verdächtiger Probleme gibt. Und aus diesem Grunde spielen die Schulbücher - jedenfalls im Blick auf die jungen Staatsbürger - ja auch eine so wesentliche Rolle. Ich möchte einige Beispiele geben:

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland den Begriff "Vertriebene". Darunter versteht man sowohl diejenigen, die in den Nachkriegsjahren aus Polen ausgesiedelt wurden, als auch diejenigen, die im Rahmen der jetzigen Familienzusammenführung aus Polen ausreisen. Man könnte eigentlich meinen, daß es uns gleichgültig sein sollte, wie Sie in der Bundesrepublik Menschen bezeichnen, die sich vor Jahren als Polen erklärt haben, die jetzt auf eigene Bitte von den polnischen Stellen Ausreisegenehmigungen erhalten und die dann als Deutsche hierherkommen. Tatsache ist aber, daß sie von niemandem vertrieben werden. Und die Bezeichnung "Vertriebene" ist ein Begriff, der sich in den Kategorien der Sozialpsychologie erörtern ließe. Irgendwo dort, jenseits der Oder, ist ein Land, das Polen heißt, und aus diesem Land werden Deutsche "vertrieben" ...

Gestatten Sie mir, bitte, noch eine Reflexion.

Unmittelbar nach dem Kriege habe ich in der polnischen Repatriierungskommission in Berlin gearbeitet. Ich kann mich an die Scharen von älteren Menschen erinnern, die noch polnisch sprechen konnten, und an die Scharen von jungen Menschen, fast noch Kindern, die die polnische Sprache nicht beherrschten, aber in der Hand krampfhaft Zettelchen hielten, auf denen ihnen Angehörige oder Bekannte aus Masuren und Pommern, aus Ober- und Niederschlesien bescheinigt hatten, daß sie aus polnischen Familien stammten, daß sie immer Polen gewesen waren und nur in der Nazizeit germanisiert worden waren. Alle diese Menschen ließen wir in derselben Zeit nach Hause fahren, als in alle Besatzungszonen Deutschlands Transporte mit Menschen aus Polen gingen, die einfach sagten, daß sie Deutsche seien.

Ich muß sagen, daß ich für die Haltung sowohl der einen wie der anderen volles Verständnis habe. Alle Grenzgebiete haben das an sich, daß

sich dort wegen der Verschiebung von Grenzen, wegen des Eingehens von Mischehen und häufig auch wegen der Zweisprachigkeit das Nationalgefühl schwer definieren läßt. Hinzu kam noch die damalige Wirtschaftslage in Deutschland. Aber diese Menschen gingen damals freiwillig nicht nur nach Hause, sondern auch nach Polen. Sie lebten und arbeiteten dort, gründeten Familien und brachten Kinder zur Welt. Heute fühlen sie sich als Deutsche. Nun, das ist ihre Sache, aber niemand "vertreibt" sie aus Polen. Sagen Sie mir bitte nicht, daß diese Bezeichnung auf das Verhältnis vieler Durchschnittsdeutscher zu Polen keinerlei Einfluß hätte! Und gerade deswegen widerspricht die Formulierung "die Vertriebenen" unserer Ansicht nach dem Geiste des Vertrages vom Dezember 1970.

Ein anderes Beispiel aus demselben Problemkreis betrifft die geographischen Bezeichnungen.

Ich habe selbst vor einigen Jahren in einer Reportage über die Bundesrepublik Deutschland unter dem Titel "Weder Schwarz noch Weiß" geschrieben, mir sei bewußt, daß, wenn ein junger Mensch hier "Breslau" sage, dies gewöhnlich die deutsche Bezeichnung sei. So, wie Venedig für die Deutschen Venedig heißt, so, wie für mich Monachium der polnische Name für München ist. Doch in unseren gegenseitigen Beziehungen ist die Frage der deutschen oder polnischen Bezeichnung für die Städte an der Oder zu einem Politikum geworden. Dieses Problem wird in der Bundesrepublik für revisionistische Zwecke ausgenutzt. Das, was die Landsmannschaften und andere revisionistische Organisationen zu einer Prinzipienfrage gemacht haben, hat infolgedessen auch für uns prinzipiellen Charakter angenommen. Hier könnte man die Frage stellen, wo das angefangen habe, wer zuerst da gewesen sei, das Ei oder das Huhn. Aber das ist eine andere Sache. - Objektiv gesehen, handelt es sich heute um eine prinzipielle Frage.

Ähnlich steht es um das Problem der Landkarten. Es gibt selbstverständlich keinen Grund dafür, daß der junge Deutsche die Grenzen von 1914, von 1937 oder von 1945 nicht kennenlernen sollte. Aber die Landkarten in der Bundesrepublik sind ebenfalls ein Politikum - nicht nur die Geographie oder die Geschichte. Prof. Mertineit hat meinen sehr

guten Freund Peter Bender zitiert; ich werde es verkürzen. Wenn hier gesagt worden ist, nach dem Abwurf der Atombombe schreie der letzte Pole: "Und was ist mit der Umsetzung der Empfehlungen in der Bundesrepublik ?!", werde ich auch Demagogie betreiben und sagen, nach dem Abwurf der Atombombe schreit der letzte Deutsche: "Aber die Grenzen sind die von 1937 !"

George Bernhard Shaw hat einmal geschrieben, in den bilateralen britisch-französischen Beziehungen werde dann alles in Ordnung sein, wenn Geschichte in den französischen Schulen von Engländern und in den britischen Schulen von Franzosen unterrichtet werde. Vielleicht ist es schon soweit oder wird es bald soweit sein mit den britisch-französischen Beziehungen. Ich bin da nicht sicher, aber möglich wäre es.

Ich fürchte, daß wir in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen noch ganz weit von diesem Ideal entfernt sind. Und das vielleicht auch deswegen, weil die alten, sagen wir: nationalen, Stereotypen in den Schulbüchern noch nicht abgebaut sind und heute durch neue ideologisch-politische Stereotypen ergänzt werden. Es ist dies eine gefährliche Erscheinung, denn Stereotypen und Feindbilder jeglicher Art waren schon immer das Ergebnis einseitiger Vereinfachungen und führten zu Verachtung und dem Gefühl der Überlegenheit dem anderen gegenüber. Und die Verachtung und das Gefühl der Überlegenheit führten in den tragischsten Fällen in der Geschichte der Menschheit dann zu Kriegen.

Und deswegen sind die Schulbuchempfehlungen ein Politikum und nicht ein bloßes formaljuristisches Problem. Dies einmal zu zeigen, darum ging es mir. Und deswegen auch wird vielleicht jeder Pole immer wieder fragen: "Und was ist mit der Umsetzung der Empfehlungen in der Bundesrepublik Deutschland?"

DIETMAR KATZY:

Zu meiner Person: Ich war bis 1975 an einem Studienseminar Fachleiter für politische Bildung und gleichzeitig Vorsitzender der Schulbuchkommission des Landes Nordrhein-Westfalen und bin von daher, was Schulbuchanalyse angeht, durchaus mit den Problemen vertraut. Vielleicht noch ein zweites zu meiner politischen Tätigkeit. In der letzten Legislaturperiode kam es immer wieder zu heftigen Kontroversen in den Landtagen der Bundesrepublik über die Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen. Ich zeichne verantwortlich für den Antrag der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, der lautet "Empfehlungen zur Behandlung mittel-, ost- und südeuropäischer Völker, Staaten und Kulturen im Unterricht", bin also einer derjenigen, die diesen Antrag verfaßt und ihn auch vor dem Parlament vertreten haben. Das nur zu meiner persönlichen Vorstellung.

Vielleicht erlauben Sie mir, mit einem Zitat zu beginnen, das sicherlich einigen hier in diesem Raum, die lange Jahre mit Georg Eckert zusammengearbeitet haben, bekannt ist. Ich darf ihn hier auch zitieren, weil er der erste Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Schulbuchkommission für politische Bildung und damit mein unmittelbarer Vorgänger war.

Eckert sagt in einem 1946 veröffentlichten Aufsatz: "Nach den Erfahrungen mit dem totalitären Regime war das Streben nach Wahrheit und Toleranz, nach einem höchstmöglichen Grad von wissenschaftlicher Objektivität für die Historiker und Erzieher ein zutiefst moralisches Problem, eine Grundvoraussetzung für die Erneuerung der deutschen Demokratie ..."

Dieses Zitat habe ich im Parlament verwendet und verwende es heute sozusagen als Leitmotiv für meine Fraktion auch hier. Ich möchte jetzt kurz auf diese Position der CDU-Landtagsfraktion eingehen, damit etwas zurechtgerückt wird, was sich meines Erachtens gestern hier abgespielt hat und was nicht meine Zustimmung finden kann.

Wir haben gesagt, die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Völker sei einmal die Kenntnis der eigenen Geschichte und

lie der Geschichte der anderen Völker, besonders der benachbarten Völker und Volksgruppen; zum anderen die Kenntnis der politischen, wirtschaftlichen, soziologischen und kulturellen Gegebenheiten. Und ich erwähnte schon, daß wir hier eben nicht das bilaterale Verhältnis Deutschland-Polen allein im Auge hatten, sondern Empfehlungen zur Behandlung der mittel-, ost- und südosteuropäischen Völker, Staaten und Kulturen im Unterricht wollten, weil wir glauben, daß dieser Raum komplexer zu sehen ist, wie das gesamte Feld komplexer ist. Wir können beispielsweise auch nicht nur die deutsch-französischen Beziehungen im Auge haben, sondern müssen auch da, zum Westen hin, die verschiedenen Interdependenzen mit einbeziehen.

Zum zweiten Punkt des Auftrages, den wir uns gegeben haben: Um Schüler zu bewegen, das geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Geschehen auch in seinen Nationen übergreifenden Auswirkungen zu verstehen, sind ihnen auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung und im Geist von Artikel 7 der Landesverfassung, der jeden Nationalismus ausschließt, auch Kenntnisse der jahrhundertealten Geschichte der deutsch-slawischen Nachbarschaft, sowohl aus den Zeiten fruchtbaren Zusammenlebens - und sie gibt es in sehr großem Umfang, obwohl ich heute den Eindruck habe, daß die andere Komponente hier stärker zum Ausdruck kommt - wie aus Perioden zerstörerischer Feindschaft zu vermitteln. Die zu vermittelnden Inhalte müßten so ausgewählt werden, daß eine einseitige Interpretation aufgrund lückenhafter Information über geschichtliche Ereignisse ausgeschlossen wird.

Dann darf ich einen weiteren Punkt ansprechen: er betrifft den rechtlichen Rahmen, der uns vorgegeben ist; er war meines Erachtens - bis auf den Beitrag von Herrn Knepper - gestern hier weitgehend ausgeklammert. Diesen Punkt möchte ich doch ins Bewußtsein heben. Hier bitte ich auch die polnische Delegation, die polnischen Freunde, darum, zu beachten, daß wir einen verfassungsrechtlichen Rahmen vorgegeben haben. Bei der Darstellung zum Beispiel der gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen sind sowohl der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung in den gegenseitigen Beziehungen vom

7. Dezember 1970 als auch die gemeinsame EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom Mai 1972 sowie die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli 1973 und vom Juli 1975 zu berücksichtigen.

Insbesondere hinsichtlich a) des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes; b) des rechtlichen Fortbestandes des Deutschen Reiches - und hier kam ja vorhin auch ein Hinweis auf diese sehr komplexe völkerrechtliche Problematik -, sowie c) des Offenseins der deutschen Frage, des Charakters und der Rechtsqualität der Grenzen, der deutschen Staatsangehörigkeit und der daraus entstehenden Schutzpflicht gegenüber Deutschen, des Vorranges der Informations- und der Vereinigungsfreiheit.

Das ist also der rechtliche Rahmen, der uns vorgegeben ist und über den wir - keiner von uns, weder die derzeitige Regierung noch die Opposition - nicht verfügen können, weil es dazu sowohl verfassungsgerichtliche Urteile wie auch bestimmte Normen in der Verfassung gibt. Das möchte ich hier, obwohl ich kein Völkerrechtler bin, doch einmal ausdrücklich sagen. Es wäre sinnvoll gewesen, den ganzen Komplex auch unter diesem Aspekt zu betrachten.

Ich möchte jetzt die Position der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen unter dem Gesichtspunkt der engeren deutsch-polnischen, also der bilateralen Beziehungen kurz umreiÙen. Da heißt es bei uns:

"Die schweren Unrechtshandlungen, die von der nationalsozialistischen Diktatur während des zweiten Weltkrieges gegen viele Angehörige des polnischen Volkes begangen worden sind, die dem deutschen Namen schweren Schaden zugefügt haben und das Verhältnis beider Völker noch immer belasten, verpflichten alle Deutschen, deutliche Zeichen der Versöhnungsbereitschaft zu setzen, vor allem aber dafür zu sorgen, daß durch die entschlossene Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates für alle Zukunft ausgeschlossen wird, daß jemals wieder im Namen des deutschen Volkes das Völkerrecht gebrochen und Menschenrechte mißachtet werden." Ich zitiere das, ohne den gesamten Antrag vorzustellen, um unsere Position zu umreiÙen.

Geschichte, und um diesen Komplex geht es ja, Geschichte bis in die Zeitgeschichte, bis in die Gegenwart hinein kann ja aus verschiedenen

Blickwinkeln gesehen werden - ich will es etwas volkstümlich formulieren: einmal als Geschehen, zum anderen als Erinnerung an Geschehen.

Wenn wir Geschichte als Erinnerung an Geschehen auffassen, dann gibt es, wie wir das in der Vergangenheit beobachten, wechselnde Formen der Erinnerung, besonders bei Großgruppen. Ich erinnere dabei an Parteien, Kirchen usw. oder an Gewerkschaften, die alle ganz bestimmte Formen der Erinnerung entwickeln. Das führt zum Geschichtsbewußtsein.

Geschichtswissenschaft ist die besondere Form des Geschichtsbewußtseins, die sich gleichzeitig der Überprüfung unterwirft, ob sie objektiv richtig ist. Sie gibt sich allerdings oftmals auch Prämissen: So ist es zum Beispiel ein vom Transzendenten unabhängiges, innerweltliches Geschehen - ich grenze damit gegenüber religiösen Auffassungen ab -, von dem Geschichte berichtet. Geschichtswissenschaft macht keine Aussagen zum allgemeinen Sinn der Geschichte. Das überläßt sie den Philosophen oder den Theologen.

Wir haben aber auch Geschichtsauffassungen und Auffassungen von Geschichtswissenschaften, die Prämissen setzen, sozusagen den allgemeinen Sinn vorgeben und von daher dann Geschichtswissenschaft betreiben. Das gilt beispielsweise für den Historischen Materialismus und ähnliche Ausgangspositionen, die dann historische Fakten in bestimmter Weise interpretieren. Es kommt dann unter Umständen zu Verbiegungen empirischer Feststellungen, und eben das muß Geschichtswissenschaft aufdecken.

Gehen wir jetzt einmal von einer der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen aus, nämlich der Empfehlung Nr. 20, die sich mit der nationalsozialistischen Besatzungspolitik und dem polnischen Widerstand im zweiten Weltkrieg befaßt. Hier - und das ist gestern erwähnt worden - ist das deutsch-polnische Verhältnis in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur angesprochen, die Expansion, die Auswirkungen auf die Polen, die wirklich sehr, sehr schlimm waren - das ist alles unbestritten. Aber man kann eine solche Empfehlung nicht

verstehen und sich sozusagen hinter dem Prinzip des Bilateralismus verstecken, wie es gestern von einigen Referenten hier vertreten wurde, denn die polnische Ostgrenze ist nur erklärbar aufgrund der Abkommen zwischen Hitler und Stalin, beispielsweise des geheimen Zusatzabkommens zwischen Ribbentrop und Molotow.

Es ist meines Erachtens um der historischen Wahrheit willen unbedingt erforderlich, hier diese Komplexität einmal darzustellen und sie nicht auf ein bilaterales Verhältnis zu reduzieren, denn das wird der geschichtlichen Wahrheit nicht gerecht.

An dieser Stelle möchte ich Heimpel zitieren - Heimpel war der Delegationsleiter der deutsch-französischen Schulbuchverhandlungen -, der gesagt hat, es gehe nicht um Kompromisse zwischen verständigungsbereiten, streitmüden Leuten zu Lasten der Wahrheit. Die Wahrheit schließe keine Vergleiche, und sie liege auch keineswegs in der Mitte! Sie ist - und das ergänze ich jetzt - auch nicht ein Problem von Mehrheit oder Minderheit im Parlament. Wenn wir also von dieser Position ausgehen, dann muß ich die Frage stellen: Kann man das unstrittige politisch-ethische Ziel, nämlich Verständigung mit den Nachbarvölkern, so anstreben, daß es zu Lasten der Wissenschaftlichkeit und der Wahrheit geht? Ist es nicht besser, Verständigung aus der Wahrheit heraus zu suchen und die Ereignisse, die uns irgendwann belastet haben, aufzuarbeiten, anstatt sich durch ihr Negieren weitere emotionale Probleme zu schaffen? Das scheint mir der Auftrag zu sein, den auch eine Schulbuchkommission hat.

Wenn wir jetzt unter diesem Gesichtspunkt Schulbuchanalyse in Nordrhein-Westfalen betreiben und ich würde den Kriterienraster, der zur Auswahl der Bücher in Nordrhein-Westfalen verwendet wird - das sind die Kriterien, die das positive oder negative Urteil über ein Schulbuch bestimmen -, konsequent auf die deutsch-polnischen Empfehlungen übertragen, dann müßten einige Empfehlungen abgelehnt werden, weil sie diesen Kriterien nicht genügen. Ich sage nicht: alle Empfehlungen; es sind nur wenige. Aber es gibt einige, die diesen Kriterien nicht genügen. Ich habe Ihnen dafür mit der Nummer 20 ein Beispiel genannt.

Lassen Sie mich mit einem Zitat enden, damit ich die Zeit nicht zu sehr in Anspruch nehme, und zwar mit einem Zitat von Bundeskanzler Helmut Schmidt aus einer Rede vor dem Deutsch-Polnischen Forum 1977: "Jedoch glaube ich, fühle ich mich sicher in der Überzeugung, daß alle politischen Parteien des Deutschen Bundestages im Ziel einig sind, das heißt Verständigung und Aussöhnung mit den Polen, und ich meine, das sollte Grundlage des gemeinsamen deutschen Handelns, unabhängig von politischer Position, sein."

Der Weg dahin ist strittig. Darum bitte ich die polnischen Freunde um Verständnis, daß ich von der komplexen Wahrheit und nicht von Verengungen ausgehen muß, die auch ihnen nicht dienen können.

+

MANFRED DAMMEYER:

Ich möchte gleich an das eben von Herrn Katzy verwandte Zitat des Bundeskanzlers anknüpfen. Bei anderer Gelegenheit, als er genau den gleichen Satz sagte, hat Helmut Schmidt hinzugefügt, gerade deshalb habe er überhaupt kein Verständnis dafür, daß das, was da verabredet worden sei, in den Bundesländern nicht endlich umgesetzt werde. Ich halte diese Ergänzung für nötig, denn man kann nicht immer nur über Verständigung reden, sondern muß irgendwann auch die dazugehörenden, notwendigen Schritte tun.

Ich habe über zehn Jahre lang die Volkshochschule Oberhausen geleitet und an den Westdeutschen Kurzfilmtagen mitgearbeitet, die ja ein Fenster auch der polnischen Kinematographie nach dem Westen gewesen sind und es bis heute sind und die eine Menge Möglichkeiten geboten haben, hierzulande über kulturelle und politische Tendenzen ein wenig ausführlicher und authentischer zu informieren.

Ich bin in Oberhausen mit einer guten Mehrheit - die wir stabilisieren werden - in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt worden und habe mich in der vorigen Legislaturperiode an den Auseinandersetzungen beteiligt, von denen Herr Katzy eben gesprochen hat. Herr Katzy ist der Autor des besagten Antrages, den die CDU im Landtag

eingebraucht hat; ich bin der Autor des Beschlusses, der dann vom Landtag gefaßt worden ist. Wir haben ja in der vorigen Legislaturperiode in allen Landtagen sehr intensive Auseinandersetzungen über diese Fragen gehabt: Anträge von den Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP, und wir haben auch eine ganze Reihe recht eigentümlicher Diskussionen in den verschiedenen Landtagen erleben müssen. Das gilt bis zu einem gewissen Grad auch für Nordrhein-Westfalen, wo die CDU - um der Wahrheit die Ehre zu geben - in bezug auf diesen Bereich mindestens ein "grauer", ich will nicht gerade sagen: ein "weißer", Rabe ist. Die nordrhein-westfälische CDU unterscheidet sich in ihren Stellungnahmen wohltuend von dem, was in der vorigen Legislaturperiode in anderen Landtagen in diesem Zusammenhang jeweils geäußert worden ist. Ich rate Ihnen, das mal nachzulesen. Ich habe für die Friedrich-Ebert-Stiftung anläßlich einer früheren Tagung eine Dokumentation dieser Landtagsdebatten, der Resolutionen und Beschlüsse zusammengestellt, an der das deutlich zu erkennen ist.

Übrigens halte ich es in diesem Zusammenhang für sehr bedauerlich, daß das Georg-Eckert-Institut ein Buch - leider ein sehr schlechtes Buch - herausgegeben hat, in dem nicht einmal die Ergebnisse der Landtagsberatungen enthalten sind. Da wird zwar das Debattieren dargestellt, aber was dabei dann herausgekommen, was dann beschlossen worden ist, darüber sagt das Buch überhaupt nichts. Ich halte das - wie gesagt - für sehr bedauerlich, denn es hätten hier ja doch zumindest einige wichtige Positionen deutlich gemacht werden müssen, anhand deren man hätte weiterarbeiten können.

Ich habe den Eindruck, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen einer der Motoren des deutsch-polnischen Verhältnisses geworden sind. Sicher spielt in diesem Zusammenhang auch die gegenwärtig so intensive Berichterstattung der Medien über die dynamischen Entwicklungen in Polen eine Rolle. Aber die Bereitschaft, sich mit diesen Dingen zu befassen, setzt ja ein anderes, ein mehr grundsätzliches Interesse an dem Land und seiner Geschichte, an den Menschen und ihren Lebensverhältnissen voraus. Und dieses Interesse ist - so meine ich - weitgehend durch die Diskussion um die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und auch durch die Inhalte dieser Empfehlungen

geweckt worden - zumal bei denjenigen, die in der Auseinandersetzung über diese Fragen auch einmal dazu gekommen sind, sich mit der einen oder anderen Empfehlung wirklich ernsthaft zu beschäftigen.

Ich habe weiter den Eindruck, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen zum Symbol für alles das geworden sind, was mit den Verträgen zusammenhängt. Hier wird ja manchmal der Eindruck erweckt - und eben, in dem, was Herr Katzy sagte, klang das auch an -, als seien die Verträge eigentlich nichts weiter als unverbindliche Anhängsel der Bundestagsentschließung; als sei die Bundestagsentschließung das Wichtigere und die Verträge nur etwas - quasi zufällig - im gleichen Zeitraum Zustande-Gekommenes.

Genau das Gegenteil ist richtig! Die Verträge sind völkerrechtlich einwandfrei. Das ist auch der Kern der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes. Diese Verträge vor allem sind zu beachten! Die Erklärung des Deutschen Bundestages hat etwas mit den Prinzipien zu tun, die in der Präambel des Grundgesetzes stehen, aber sie macht auch klar, was eigentlich für die Weiterentwicklung bedeutungsvoll ist: nämlich, daß östlich von Oder und Neiße auf polnischem Land Polen leben und daß dieses so ist und so bleiben soll nach dem politischen Willen in der Bundesrepublik.

Ich glaube, die Bereitschaft, das umfassend zu akzeptieren, es also nicht einem Streit unter Völkerrechtlern zu überantworten oder es im Zustand derartiger Auseinandersetzungen zu belassen, sondern es in der Bevölkerung umzusetzen, und zwar ganz intensiv - diese Bereitschaft hat mit der Diskussion über die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen zu tun. Denn da ist genau dieser Punkt thematisiert, ist über diesen Punkt die Auseinandersetzung geführt worden; da stellt sich auch die Frage, ob man, wenn man die bisherigen geschichtlichen Entwicklungen betrachtet, daraus Perspektiven für künftige geschichtliche Entwicklungen ableiten will.

Auch in diesem Zusammenhang sind die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen eine ungeheuer wichtige Sache und alles andere als ein Streit, der etwa zwischen Kultusministern und Schulbuchverlagen ausgetragen werden könnte!

Und nun meine ich, daß wir uns nicht nur darüber unterhalten sollten, ob sich unter den faktischen Verhältnissen die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen als akzeptiert oder doch akzeptierbar, als unstrittig oder noch strittig erweisen, sondern daß wir auch einige formale Akte nicht vergessen dürften.

Ich habe kein Verständnis dafür, daß die Kultusministerkonferenz mit diesem Thema so ungeheuer zögerlich und verantwortungslos umgeht. Ich sage das auch deshalb, weil die Kultusministerkonferenz sich ja immer hinter dem Argument versteckt, daß sie bei einem so brisanten Thema noch nicht zu einer Entscheidung kommen könne. Ich halte das auch insofern für eine Ausflucht, als die Kultusministerkonferenz exakt in dem gleichen historischen Zusammenhang sich im Hinblick auf die Empfehlungen zur Behandlung der deutschen Sprache im Unterricht recht eilfertig - gewiß auch auf Druck von Bundespräsident Scheel - zu einer Entscheidung durchgerungen bzw. bereitgefunden hat. Hinzu kommt, daß das, was als "Atlanten-Kompromiß" gehandelt wird, auch so etwas wie eine Übereinstimmung der Kultusminister ist. Auf einmal geht das.

Ich halte die Position, die das Land Nordrhein-Westfalen ursprünglich in seinen Erlassen beschrieben hat, für richtig. Und ich glaube, daß allenfalls in einem prozeßhaften Aspekt, nämlich darin, daß die anderen Bundesländer sich endlich in einem formalen Teilakt bereitgefunden haben, gemeinsam etwas zu tun, in diesem Kompromiß und in dieser gemeinsamen Entscheidung ein Sinn gesehen werden kann. Für mich ist der Inhalt dieser Entscheidung jedoch nicht ausreichend, und ich halte es für besonders wichtig, daß das vorangetrieben, daß die Diskussion darüber offengehalten und auch tatsächlich weitergeführt wird.

Ich habe keinen großen Spaß daran, die Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre intensiv fortzusetzen, weil ich glaube, daß das deutsch-polnische Verhältnis viel zu wichtig ist, als daß man sich nur über einzelne Formulierungen in den Empfehlungen unterhalten sollte. Vielmehr müßte daraus eine sehr viel umfassendere Information in der Bundesrepublik über polnische Verhältnisse und in Polen über

bundesdeutsche Verhältnisse abgeleitet werden. Wir müssen dann auch die faktische Umsetzung, das, was sich in der schulischen Wirklichkeit und auch in den Medien mehr und mehr tut, aufgreifen. Auf diese Weise muß das, was als Kernbereich des deutsch-polnischen Verhältnisses eben von mir charakterisiert worden ist, von uns wirklich in einem grundlegenden Sinne ernst genommen und auch in den noch bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen beachtet werden.

+

WOLFGANG HEINZ:

Da ich bisher nur Gelegenheit hatte, bei der Eröffnung dieser Tagung dabei zu sein, und gestern fehlen mußte, möchte ich vorab sagen, daß ich es für einen der beschämendsten Vorgänge innerhalb der bundesrepublikanischen Politik und vor allen Dingen der Bildungspolitik halte, daß elf Jahre nach dem Abschluß des Warschauer Vertrages noch immer Tagungen mit dieser Themenstellung stattfinden müssen und die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sich in der Bundesrepublik nach wie vor im innenpolitischen Streit befinden.

Einen Zugang zu dem Thema habe ich auf zweierlei Weise gefunden, einmal historisch-politisch, zum anderen beruflich. Ich stamme aus einem westlichen Grenzland der Bundesrepublik, aus der Pfalz, also der Gegend, in der die Tradition des Hambacher Festes von 1832 mit engen wechselseitigen Beziehungen zu Polen - jedenfalls bei den damals republikanisch gesonnenen Landsleuten - noch heute eine große Rolle spielt. Zum anderen gingen über die dortige Grenze hinweg vielerlei Bemühungen - vor allen Dingen auch nach dem zweiten Weltkrieg -, unter moralisch-politischen Aspekten und ohne völkerrechtliche Prinzipienreiterei Verbindungen nach Frankreich zu knüpfen. Ganz vergleichbar sind die völkerrechtlichen Situationen zu Frankreich und Polen zwar nicht - das weiß ich wohl; aber man hat sich Frankreich gegenüber doch bemüht, ohne diese Prinzipienreiterei sozusagen über den Graben hinwegzukommen. Das ist im Südwesten soweit gelungen, daß es dort dieses speziellen Polittourismus der Städtepartnerschaften der Kommunalpolitiker eigentlich nicht mehr bedarf. Die Menschen beiderseits der Grenze verstehen sich wieder mehr landsmannschaftlich und unterhalten sich über aktuelle politische Probleme, die ihnen selber auf den Nägeln brennen und nicht unbedingt in den politischen Kanzleien und den Parlamenten eine Rolle spielen, so daß ein völlig neuer Bezugsrahmen, etwa im Alemannischen, entstanden ist.

Der zweite Zugang ist beruflich bedingt. Ich leite seit Januar dieses Jahres die der Bergneustädter Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung benachbarte Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach-Niedersessmar, bin also der Nachfolger von Rolf Schroers, der sich in dieser Akademie und in unserer Zeitschrift "Liberal" sehr um die

polnisch-deutsche Verständigung bemüht hat und der 1978 noch vor seiner tödlichen Erkrankung am deutsch-polnischen Forum in Thorn teilnehmen konnte und dies auch in unserer Zeitschrift dokumentiert hat. Ich denke, es gelingt uns in der Theodor-Heuss-Akademie in guter Nachbarschaft zur Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung, diese Arbeit fortzusetzen und neu zu intensivieren.

Daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen immer noch im Streit sind, liegt nun wirklich an den beiden Denkschulen, die in der deutschen Innenpolitik immer wieder das Verhältnis der Deutschen nach außen belasten. Die völkerrechtliche Prinzipienreiterei auf der einen Seite hindert viele Kollegen daran, die spannungsreichen, komplexen Beziehungen nach außen richtig zu durchleuchten, sie zu verstehen und ihnen auch politisch-moralisch gerecht zu werden.

Ich will hier anknüpfen an das, was vorhin Herr Katzy gesagt hat: unser erstes Ziel sei die Wahrheit. Die Wahrheit ist - ich stimme ihm zu - nicht teilbar, nicht manipulierbar. Aber: könnte unser erstes Ziel nicht die Verständigung sein? Es gibt Beispiele im Verhältnis der Deutschen zu ihren Nachbarn, daß man mit dem in erster Linie energisch verfolgten Ziel der Verständigung in einem längeren Zeitraum dann auch zu einer gemeinsamen und tragbaren Wahrheit gekommen ist. Ich bin davon überzeugt, diese Verständigung wäre nicht möglich gewesen, wenn man zunächst mit völkerrechtlichen Prinzipien allein und mit der Suche nach der vollständigen und einheitlich interpretierten Wahrheit begonnen hätte.

Zur innenpolitischen Situation will ich - anknüpfend an die Diskussion mit Herrn Girgensohn vorgestern abend - noch sagen: Nordrhein-Westfalen hat seinerzeit noch unter Mitwirkung meiner Partei im Landtag eine Vorreiterrolle in wichtigen bildungspolitischen Fragen, vor allen Dingen in inhaltlichen Fragen, spielen können. Ich habe die Sorge, daß die Bereitschaft zu dieser Vorreiterrolle verlorengegangen sein oder doch verlorengehen könnte. Das, was Manfred Dammeier hier eben sagte, gibt einem jedoch wieder etwas Hoffnung.

Ich vermag die Relativierung der sogenannten "Perlenschnur" nicht an der Zahl ihrer Abdrucke in einem Atlas zu beurteilen, sondern

nur daran, ob da eine nicht mehr vorhandene, eine unzutreffende Gegenwartsdarstellung vorgetäuscht wird oder ob diese "Perlen-schnur" nur in einer historisch sauberen Darstellung der Grenzen von 1937 in Europa vorkommt. Dies muß doch die entscheidende Meßlatte sein, und da - meine ich - könnte Nordrhein-Westfalen durchaus wie in anderen Beispielen nach langen und überwiegend vergeblichen Koordinierungsbemühungen in dieser Kultusministerkonferenz die Vorreiterrolle wieder übernehmen. Das trifft genauso die übrigen Teile der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen.

Der deutsche Kulturföderalismus ist untauglich zur Bewältigung der Probleme, solange er als ein Geleitzugprinzip verstanden wird, in dem das langsamste Schiff das Tempo des ganzen Zuges bestimmt. Wenn man aber Weiterentwicklung durch Konkurrenz zum Prinzip erhebt und damit das Kartell der Kultusminister zu zerbrechen versucht, dann ist gerade Nordrhein-Westfalen als das gedanklich am weitesten fortgeschrittene oder in gewissem Sinne auch mächtigste Land der Bundesrepublik in entscheidender Weise gefordert.

+

MAREK RZESZOTARSKI:

Ich möchte mit einer Geschichte beginnen. Diese Geschichte hat mir ein Bekannter, ein westdeutscher Journalist, erzählt.

Mein Bekannter war gerade in Polen akkreditiert worden, als er seine erste kürzere Reise durch das Land unternahm. Unterwegs, irgendwo auf der Landstraße, blieb sein Wagen plötzlich stehen: eine Panne, und das in einer Gegend, die - wie wir in Polen sagen - von Gott und dem Teufel vergessen ist. Er steigt aus, um nachzusehen, was passiert ist. Da kommt ein Bauer, der offensichtlich in der Nähe auf dem Acker gearbeitet hat, ein ärmlich angezogener, älterer Mann, ein Angehöriger der Kriegsgeneration, wie wir das nennen. Langsam und - wie es scheint - etwas zurückhaltend nähert er sich dem Journalisten. Dem wird plötzlich seine Situation klar: es ist ihm unheimlich. Weit und breit ist sonst kein Mensch zu sehen, und welche Absichten der Bauer

haben könnte, ist völlig unklar. Schließlich steht er hier allein auf weiter Flur - neben einem ganz neuen, sehr teuren, großen, chromblitzenden Wagen...

Inzwischen ist der Bauer ganz nahe herangekommen, und der Journalist wartet gespannt, was nun passieren wird. Da fragt der Bauer in gebrochenem Deutsch: "Bundesdeutschland oder DDR?" Mein Bekannter zögert einen ganz kurzen Moment. Was soll er jetzt sagen? Was ist in seiner Situation günstiger? Aber er muß sich entscheiden, und zwar sofort. In dem Gedanken, daß die Wahrheit sicher auch hier das beste ist, antwortet er leicht stotternd: "Bundesrepublik." Darauf der Bauer: "Aha! Bundesrepublik, gut, gut. Sie mir sagen, wer siegt bei Wahl, Kohl oder Schmidt?" - Der Journalist ist sprachlos. "Wer ist hier nun total verrückt, der oder ich?" - das ist zunächst alles, was er denken kann. Hier, auf einer einsamen Landstraße irgendwo in Polen, fragt ihn ein alter Bauer, ein Pole, wer in der Bundesrepublik die Wahlen gewinnen wird! Natürlich gehen ihm sofort alle möglichen Stereotypen durch den Kopf: Vielleicht will der Mann ja nur Zigarretten haben und stellt deshalb eine solche Frage. - Zigarretten waren damals - die Geschichte ereignete sich 1976 - in Polen noch rationiert. Vielleicht hofft er auch, Geld schwarz tauschen zu können... Aber nichts von alledem. Der Bauer wiederholt seine Frage - sie ist ihm offensichtlich wirklich wichtig.

Ich habe diese - wahre - Geschichte hier erzählt, um damit auf eine Tatsache hinzuweisen, auf die Tatsache nämlich, daß die deutsch-polnische Problematik für uns von großer Bedeutung ist und daß sich sehr viele Polen für diese Dinge interessieren.

Ich möchte damit meine These untermauern, daß die Schulbuchempfehlungen, als sie damals veröffentlicht wurden, praktisch eine Antwort bedeuteten, daß sie einem mehr oder weniger stark vorhandenen Bedürfnis entsprachen. Wir müssen das natürlich auch in dem ganzen historischen Zeitraum sehen. Die Zeit, das waren die siebziger Jahre - die ersten Schulbuchempfehlungen wurden in Polen 1974 nach den ersten Konferenzen veröffentlicht -, die Zeit also, als die Begeisterung über den Warschauer Vertrag bei uns noch sehr groß war. Das waren

auch die Jahre, in denen die Grenzen Polens geöffnet wurden; in denen - wie das bei Ihnen hier genannt wird - die "große Öffnung nach Westen" erfolgte und die Bundesrepublik Deutschland aus einer Terra interdicta zu einem Land wurde, dessen Wirklichkeit wir nicht mehr - wie früher - "schielend", sondern mit weit offenen Augen betrachteten. Dazu gehörte natürlich auch, daß man in Polen die deutsche Wirklichkeit etwas anders schildern mußte als bisher und uns klar wurde, daß diese Wirklichkeit vielleicht doch komplizierter war, als man es früher auch in unserer Presse dargestellt hatte. Viele Reisen wurden nun unternommen; viele deutsche Touristen kamen nach Polen ... Das alles brach sich Anfang der siebziger Jahre wie eine Welle Bahn.

Mit dieser Entwicklung mußte die Schule Schritt halten, und die Schulbuchempfehlungen sollten ihr - wie gesagt - dabei helfen. Als die Empfehlungen veröffentlicht worden waren, wurden sie sofort in die Schulpraxis eingeführt. Komischerweise ergab es sich dann, daß gerade diejenigen Punkte, die hier bei Ihnen in der Bundesrepublik zu einer Streitfrage wurden, auch bei uns in Polen zu den umstrittenen gehörten. Ich habe gestern schon kurz auf die Empfehlung 20 hingewiesen, in der keine Rede ist von den sechs Millionen Menschen, die während des Krieges in Polen ums Leben gekommen sind - um es einmal diplomatisch auszudrücken. Aber diese makabre Zahl - sechs Millionen - steckt irgendwo in unserem Bewußtsein - vielleicht auch schon in unserem Unterbewußtsein.

Die anderen Aspekte der ganzen Problematik werden in den Schulbuchempfehlungen - wie gesagt - eher stärker betont: Es geht um die Völkerverständigung, es geht darum, daß wir aus diesen beiden Gettos herauskommen - aus dem deutschen wie aus dem polnischen Getto -, daß wir normale Verhältnisse aufbauen, und ich glaube, danach ist auch in Polen ein starkes Bedürfnis vorhanden.

Je länger sich die Situation jedoch hinzieht, desto komplizierter wird der ganze Prozeß. Aber dieser Thematik haben wir hier schon sehr viel Zeit gewidmet, und ich will das alles jetzt nicht wiederholen.

Dies alles sollte eine Einführung sein - um jetzt auf die Frage von

Herrn Prof. Mertineit zurückzukommen, die Frage: Wie steht es heute um die Schulbuchempfehlungen in diesem ganzen historischen Prozeß, den wir jetzt in Polen erleben?

Wenn ich mich zu diesen Dingen äußere, dann kann ich nur von den Kreisen sprechen, die sich mit der Erneuerung der polnischen Schule, mit Lehrplänen und Lehrprogrammen auseinandersetzen. Dazu gehören selbstverständlich sehr viele gesellschaftliche Kräfte, vor allem sämtliche Lehrer und natürlich auch die Gewerkschaften.

Die Schulbuchempfehlungen sind gegenwärtig eigentlich kein Gesprächsthema. Sie werden bei den großen Diskussionen weder bestätigt noch in Frage gestellt. Ich glaube, nach all den Jahren des Tauziehens haben die meisten Lehrer bei uns verstanden, um was es bei dieser ganzen Sache geht. Und da in dieser Zeit in Polen sehr viele angeblich "heilige" Kühe geschlachtet worden sind, besteht - wie gesagt - keine Gefahr, daß die Arbeit im Sinne der Empfehlungen nicht weiter fortgesetzt würde.

Indirekt - könnte man sagen - werden die Schulbuchempfehlungen dann angesprochen, wenn wir über unsere Beziehungen zu unseren anderen Nachbarn reden, wenn die politischen Verhältnisse in dem - wie ich es nenne - "Bermuda-Dreieck" Deutschland-Sowjetunion-Polen zur Sprache kommen. Und hier möchte ich noch einmal an die Empfehlung 20 erinnern. Ich persönlich habe, selbst dann, wenn wir von unseren großen historischen Problemen mit der Sowjetunion sprechen, niemals feststellen können, daß jemand den Versuch gemacht hätte, für alles das, was mit dem 1. September 1939 begann, der Sowjetunion die gleiche Schuld in die Schuhe zu schieben wie dem Dritten Reich. Vielleicht sollte ich meine polnischen Kollegen einmal nach ihren diesbezüglichen Erfahrungen und Eindrücken fragen - ich persönlich jedenfalls bin niemals Zeuge derartiger Äußerungen gewesen, obwohl in solchen Gesprächen oft sehr hart diskutiert wird.

Wir beobachten in Polen eine solche Alibi-Theorie, wie sie vor allem im Jahre 1979 hier in der Bundesrepublik geführt wurde, das heißt den Versuch, die Schuldfrage in einer ganz bestimmten Weise zu teilen, sehr aufmerksam. In Polen werden Sie kaum jemanden finden, der -

selbst dann, wenn er starke Ressentiments gegenüber unserem großen Nachbarn im Osten mit sich herumschleppen sollte - Deutsche und Russen in dieser Frage einander gleichstellen würde. Das ist ausgeschlossen! Und daß das so ist, hat sich gerade in der letzten Zeit sehr deutlich gezeigt, seitdem die historischen, die schon erwähnten "heiligen" historischen Kühe längst nicht mehr so - sagen wir einmal: angebetet werden. Um es noch einmal zu wiederholen: Ich kenne keine Versuche, die in die besagte Richtung gingen.

Das gleiche gilt auch für andere Fragen, für andere Probleme. Ich werde zu Hause in Polen des öfteren auf Äusserungen aus der Bundesrepublik hin angesprochen, in denen zwar die Tatsache, daß in Auschwitz vier Millionen Menschen umgebracht worden sind, nicht einmal geleugnet, aber dann behauptet wird, nicht nur "wir" - die Deutschen - seien an dem Versuch, die polnische Nation auszurotten, beteiligt gewesen. Ich glaube, derartige Behauptungen finden in Polen keinerlei Verständnis - auf eine solche Art und Weise wird man niemals eine Politik der Verständigung mit Polen betreiben können. Niemand bei uns wird selbst die schlimmsten Zwischenfälle aus der polnisch-sowjetischen Geschichte - und schlimme Zwischenfälle hat es auch hier durchaus gegeben - mit der Politik vergleichen wollen, die die Nazis während des zweiten Weltkrieges gegen unser Land betrieben haben.

Bei der Aufstellung der Lehrpläne kommen wir des öfteren auf solche Themen zu sprechen, aber niemand stellt hier derartige Vergleiche an, und ich bin davon überzeugt, daß solche Versuche, die Schuldfrage irgendwie zu teilen, bei uns nicht die geringste Chance haben.

In der Frage der Schulbuchempfehlungen gibt es bei uns wohl kaum mehr so etwas wie Ungeduld. Was es gibt, das würde ich eher Resignation, wenn nicht sogar Zweifel nennen, das Gefühl, "da sehen wir es ja, sie sind eben doch unverbesserlich". Für die meisten Polen - das heißt natürlich vor allen Dingen für die Lehrer - hat der Februar dieses Jahres eben nicht die so oft besprochene klare Entscheidung gebracht. Natürlich kann man die juristische Seite der ganzen Angelegenheit nicht außer acht lassen, aber diese Diskrepanz zwischen den juristischen Problemen und den guten Absichten ja doch vieler Deutscher ist

kaum jemandem verständlich zu machen; das versteht keiner. Und dann kommen eben diese Zweifel, kommt das Gefühl: die dort in der Bundesrepublik wollen die Grenzen ja doch wieder in Frage stellen.

Das sind Probleme, die auch bei der Gestaltung neuer Lehrpläne eine Rolle spielen. Wie sollen diese neuen Lehrpläne aussehen? Worauf sollen wir die Akzente legen? Sollen wir das Problem der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen bzw. die Auswirkung aller dieser Bremsfaktoren in unsere Schulbücher aufnehmen? Sollen wir über diese Dinge noch in unseren Fachkonferenzen sprechen? Sollen wir sie irgendwie "ausschlachten"? Oder sollen wir einfach noch abwarten? Alle diese Fragen bilden ein Thema für sich. Entscheidungen sind - wie gesagt - noch nicht getroffen, und wahrscheinlich müssen wir die Diskussion hier in der Bundesrepublik weiterhin beobachten. Das gilt vor allem für die Grenzfrage, falls sie hier wieder zu einem Thema werden sollte.

Die Schulbuchempfehlungen werden in Polen weder von der Schule und von den Lehrern noch von den Schülern, die historisch sehr bewußt geworden sind und sich auch entsprechend bewußt artikulieren, in Frage gestellt. Von Unzulänglichkeiten der Empfehlungen wird nicht gesprochen, wohl aber von diesem Kompromiß - was vielleicht nur ein Pluspunkt für die Schulbuchempfehlungen ist.

+

STEPHAN THOMAS:

Mein eigener Interessenbezug zur deutsch-polnischen Thematik ist sozusagen organisch. Ich komme aus der polnisch-preußisch-deutschen Landschaft, wurde da hineingeboren. Ich bin zwar Berliner, aber alle meine Vorfahren lebten in der historischen Region Posen-Gnesen (Poznań- Gniezno), und meine Mutter hat mir die polnische Sprache beigebracht; ich bin zweisprachig. Ich bin Deutscher. Ich wurde in die deutsche Sozialdemokratie hineingeboren - mein Vater war schon drin, damals, zu Babels Zeiten -, so daß es für mich eigentlich nie eine nationale Konfliktsituation gab, denn die politische Synthese war die deutsche Sozialdemokratie. Ich bin also Deutscher polnischer Abstammung, und das Sichbefassen mit der deutsch-polnischen Problematik

ist eine Aufgabe, der ich mich eigentlich mein Leben lang in der Partei und in meinem politischen Dasein hingegeben habe. Nach 1945 begegnete ich Kurt Schumacher, der gleich meinte, ich sei ja so "östlich" - er selbst komme auch "da irgendwo" her. Schumacher stammte aus Kulm, und auch daraus ergab sich eine Verbindung mit dem großen Mann. Es ist eine Schicksalsbegegnung gewesen. Ich wurde dann Leiter des "Ostbüros", habe das lange gemacht, bin eigentlich identisch mit dem "Ostbüro". Nach zwanzig Jahren dann ging ich zum "Deutschlandfunk", dem ja auch in Polen bekannten Sender, und habe dort die Verständigung und die Entspannung zwischen Deutschen und Polen mitgetragen, soweit das mir und soweit das im "Deutschlandfunk" möglich war. Als ich 65 Jahre alt wurde, bin ich dort weggegangen, und jetzt rede und schreibe ich viel und helfe in einer sehr persönlichen Weise an den Dialogen zwischen Deutschen und Polen mit.

Das ist meine Legitimation, der Grund, warum ich hierhergebeten wurde, um in zehn Minuten - und da ich ein diszipliniertes, seit Jahrzehnten gewerkschaftlich organisierter Deutscher bin, in genau zehn Minuten - etwas zu dieser Thematik zu sagen.

Hier ist sehr viel über die Schulbuchgeschichten gesagt worden. Das war eindrucksvoll - von Minister Girgensohn bis zu meinem Parteifreund aus dem Landtag, der es auch hier - übrigens auf eine sehr sympathische Art - nicht unterlassen kann, Wahlpropaganda zu treiben. Das war ganz gut gemacht. Und dann war hier - und das fand ich ebenfalls gut - auch die pluralistische Stimme der CDU zu hören. Besonders begrüßt habe ich, daß Herr Katzy den Punkt 20 als den Differenzpunkt herausgestellt hat. Als er das sagte, schrieb ich mir an den Rand "Verständigung und absolute Wahrheit".

Dieser Gedanke, den Sie aufnahmen, ist nämlich für mich auch ein Alibiargument, Herr Rzeszotarski, ein Alibiargument der deutschen Seite. Wir müssen hier politisch denken, müssen respektieren, daß es einige Dinge in der polnischen Wirklichkeit gibt, die wir zu respektieren haben - von der Staatsräson und von der Position der Polen her. Warum müssen wir auf diesen Differenzpunkten herumreiten? Jeder Pole weiß um diese Dinge: Molotow-Ribbentrop-Abkommen und die uner-

meßlichen Tragödien, die damit verbunden waren, die neue Aufteilung Polens 1939 und vieles mehr bis zur Zäsur des Jahres 1945 und die darauf folgenden Jahrzehnte dramatischer Ereignisse.

Die Polen sind mit ihrer tragischen Geschichte das historisierteste Volk Europas. Warum sollten wir in Deutschland sie mit dem Beharren auf einigen Elementen aus dieser tragisch-geschichtlichen Belastung ständig in Verlegenheit bringen?! Diese Art von Argumentation bezeichne ich als Alibidenken, und da - meine ich - ist noch ein langer Klärungsprozeß auf der deutschen Seite notwendig.

Aber wenn wir schon bei den juristischen Kategorien bleiben: Sie erinnern sich sicher an das, was ich vorhin in bezug auf "Überbau" und "Basis" gesagt habe. Ich stehe auf dem Standpunkt - und hier basiert meine Erkenntnis auf der professionellen Erfahrung und der Kenntnis als Völkerrechtler -, daß im klassischen Völkerrecht die Formel "Pacta sunt servanda" von der klassischen Revisionsformel "clausula rebus sic stantibus" relativiert wird. Diese Formel basiert auf der realistischen Erkenntnis von politischen und sozio-ökonomischen Veränderungsprozessen in der Basis und im Überbau. Auf die deutsch-polnischen Beziehungen übertragen, heißt das, daß auch hier der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle im Veränderungsprozeß der festgeklopften juristischen Normen und Formeln spielt. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß - obwohl das Leben und die Wirklichkeit längst diese "Rechtsbezüge" obsolet werden ließen - der formale Bezug auf die rudimentären Formeln noch weiterhin eine gewisse politische Bedeutung hat.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Ich habe mich einmal gefragt, wie es denn mit den Deutschen und den Franzosen hinsichtlich ihrer geschichtlichen Belastungen steht, und kann Ihnen verraten, daß es auch da noch Dinge gibt, die bis jetzt nicht gelöst sind. Aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg steht da noch einiges an - so im Elsässischen, von der deutschen Seite her -, was bis heute hin- und hergeschoben wird. Aber hat das den politischen Ablauf der französisch-deutschen Verständigung irgendwie eingeengt? Hat es das Verhalten der jungen Generation in Deutschland und Frankreich in irgendeiner Weise beeinflußt?

Die Wirklichkeit geht vorbei an den juridischen Rudimenten! Das biete ich den polnischen Partnern hier an: Wenn Sie zurückgehen, haben Sie - wie wir alle hier - viel gehört über die Bemühungen von Minister Girgensohn, über die Bemühungen der SPD-Fraktion und über andere Bemühungen, wie man die Veränderungen zu erreichen versucht - und es geht ja millimeterweise vorwärts. Aber gehen Sie auch in dem Wissen zurück, daß das Entscheidende das politische Klima ist, das, was sich hier faktisch vollzogen hat im deutsch-polnischen Verhältnis - besonders in den letzten zehn Jahren. Das ist das Entscheidende, und das ist meine große Hoffnung!

Ich habe hier beim Frühstück mit einer jungen Lehrerin gesprochen - solche Gespräche sind ja so wichtig, Gespräche außerhalb der offiziellen Diskussion. Ich habe sie gefragt, wie denn sie die Dinge sehe. "In meinem Selbstverständnis", sagte sie, "und das ist nicht das Selbstverständnis derjenigen, die diesen Prozeß hemmen, ist meine Hoffnung die junge Generation - die junge Generation auf der deutschen und auch auf der polnischen Seite. Da sind diese juristischen Geschichten belanglos. Hier geht es um den Verständigungsprozeß, und diese junge Generation, die überholt das alles."

Das ist auch meine optimistische Hoffnung in diesem Prozeß, und meinen polnischen Freunden, unseren Partnern, will ich hier sagen: Ihr müßt gelassener werden. Gelassenheit in diesen Dingen, bitte, und mehr verständnisvolle Einsicht für diese ganzen juridischen Geschichten, die uns ja auch hier aufgezählt wurden, vom deutsch-polnischen Vertrag bis zum Verfassungsgerichtsurteil. Habt Vertrauen, und laßt uns Zeit für das Arbeiten in diesem Prozeß!

Wenn diese Konferenz hier in Bergneustadt einen Sinn hat, dann den - und das habe ich mitgenommen -, uns alle in diesem, um mit Max Weber zu sprechen, "langsamen Bohren von harten Brettern" zu ermutigen, bis zu dem Geographen, der uns klargemacht hat, daß die Unterscheidung in "Blau" und "Blaßblau" nun nicht mehr vorhanden ist und es nur noch "Blau" gibt. Mein Gott, es ist doch wichtig, wenn auf den Landkarten nur noch eine Farbe für Polen erscheint, und die "Perlenketten" - die werden auch schon noch verschwinden; in den kommerziellen Atlanten sind sie schon garnicht mehr drin.

Bitte, geht zurück nach Polen mit dem Wissen: hier ist ein Prozeß im Gange, ein positiver Prozeß.

Und nun zum letzten Teil.

In den letzten Minuten möchte ich an meinen Freund Peter Bender anknüpfen. Er brachte das politische Moment hier ein, das politische Moment, das in meinem Hinterkopf schon vorhanden war, bevor ich herfuhr, als ich mir überlegte, was ich hier sagen würde. Ich wollte das Politische, und zwar die deutsch-polnische Synthese in unserer Zeit, am Schluß meiner Ausführungen erfassen.

Hätten wir jetzt hier eine Landkarte, wäre der geographische und der politische Bezug der Thematik zwischen Deutschen und Polen plastisch demonstriert. Da wir keine Karte haben, will ich dazu kurz folgendes sagen: Zwischen Deutschen und Polen gibt es den geographischen und den politisch-historischen Bezug zur Wirklichkeit. Wir sind hier angesiedelt in diesem Mitteleuropa mit einer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte, und wir sind jetzt in der nuklearen Dimension herausgefordert in einer ganz bestimmten Schicksalsfrage. Peter Bender sprach von Entspannung - dazu gehört der Friede, das Eintreten für den Frieden. Und hier möchte ich den polnischen Freunden etwas mitgeben: Das Selbstverständnis der Generation, die sich nach 1945 daranmachte, das neue Deutschland aufzubauen, war das Selbstverständnis einer Generation, die aus den Zuchthäusern, den Konzentrationslagern, der Emigration, der äußeren und der inneren Emigration, kam. Ich denke da an Männer wie Kurt Schumacher, Theodor Heuss, Konrad Adenauer und an viele andere - da war eine Entschlossenheit, eine geschichtliche Entscheidung klar vorgegeben. Ich hatte das Privileg, in einer bescheidenen Weise mitzuwirken an diesem Prozeß. Ich kenne die Gedanken und die Gespräche, ich weiß um die Perspektiven und die Dimensionen, die sich da auftaten. Hundert Jahre europäischer Geschichte sind Kriegsgeschichte bis zu diesem Hitlerkrieg: drei Kriege Bismarcks, zwei Weltkriege. Die deutsche Identität war im Bewußtsein Europas und der Weltgeschichte die Identität mit dem Krieg. Diese Generation, die 1945 daranging, Deutschland aufzubauen, war entschlossen, der deutschen Geschichte eine neue Qualität zuzuordnen, die Qualität des Friedens. Das muß gesehen werden.

Und das polnische Volk: Aus dem, was hier angesprochen wurde, ist doch - soweit es sich um politische Analysen handelte - klargeworden, daß es eine Zwangsidentität der polnischen Nation aufgrund ihrer tragischen Geschichte gibt. "Rapacki" war doch kein Zufall. Ich erinnere mich an die Debatten damals um den Rapacki-Plan. Da wurde behauptet, er sei eine russische Initiative. Aber er war keine russische, er war eine polnische Initiative. Damals haben die Polen die Russen überzeugt, und die Rapacki-Idee lebt bis heute in verwandelter Form. Ihr seid für den Frieden, Ihr müßt für den Frieden sein!

Und aus dieser Sicht möchte ich den Gedanken von Peter Bender weiterführen: Die Schicksalsbeziehung des Kampfes um den Frieden, diese Schicksalsbeziehung zwischen uns und Euch, zwischen Deutschen und Polen, ist entscheidend für den Frieden in Europa, entscheidend für die deutsch-polnische Versöhnung.

+

WŁADYSŁAW MARKIEWICZ:

Jetzt habe ich die Ehre, die Rolle des Vorsitzenden zu übernehmen. Ich hoffe, ich werde nicht so sehr belastet wie mein Kollege Mertineit. - Jetzt kommen wir zu Wortmeldungen aus dem Saal.

+

JOSEF THEES:

Ich bin Fachleiter am Gesamtseminar Düsseldorf und war Teilnehmer der letzten Lehrerreise nach Polen, von der wir vor vierzehn Tagen zurückgekommen sind.

Ich möchte anknüpfen an die Worte von Herrn Thomas, als er sich an unsere polnischen Partner gewandt und sie gebeten hat, doch dies und jenes mit nach Polen zu nehmen. Wir haben in diesen drei Tagen sehr viel von dem gesprochen, was uns noch trennt, und ich halte es für ganz wichtig, daß auch das hier einmal festgehalten wird. Am

Freitag morgen, bevor ich hierher nach Bergneustadt kam, war ich noch im Unterricht und habe mit Schülern der Höheren Handelsschule das Thema Polen behandelt. Nicht zuletzt im Gedanken an diesen Unterricht möchte ich unsere polnischen Gesprächspartner ebenfalls um etwas bitten: Nehmen Sie mit, daß junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland - und ganz speziell im Lande Nordrhein-Westfalen - mehr wollen. Sie wollen über das, was uns noch trennt, hinweg Verständigung und Aussöhnung, und sie glauben, das durch Kontakte mit jungen Menschen aus Polen erreichen zu können.

Minister Girgensohn hat hier am Freitag bedauert, daß es bisher noch keinen Schüleraustausch gibt. Ich muß Sie fragen, Herr Minister: Warum ergreifen Sie nicht die Initiative zu einem Schüleraustausch? Hier im Saal sind so viele Leute mit der notwendigen Kompetenz und den notwendigen Verbindungen. Warum eigentlich wird in dieser Beziehung nichts unternommen? Ich möchte hier auch an dieses Haus, an die Friedrich-Ebert-Stiftung appellieren: Warum setzen wir nicht - und damit wären wir schon ein gutes Stück weiter - eine Kommission ein, die sich in einer festgelegten Zeit mit dem Schüler- oder Jugendaustausch beschäftigt, damit wir - über das uns noch Trennende hinweg - auf dem Wege der Verständigung und der Aussöhnung einige wichtige Schritte weiterkommen?

+

MARIAN PODKOWINSKI:

Zunächst einmal bitte ich um Entschuldigung, daß ich hier bereits zum drittenmal das Wort ergreife, aber ich möchte eine - wie ich glaube - wichtige, direkte Frage an Herrn Katzy richten.

Herr Katzy, Sie haben hier eben - wenn ich es richtig verstanden habe - Ihre persönliche Haltung innerhalb der Haltung der Gesamt-CDU zu dem Komplex der Schulbuchempfehlungen dargelegt, und Sie sind dabei besonders auf die Empfehlung 20 eingegangen. Ich habe festgestellt, daß, wenn ich es mit Gesprächspartnern zu tun hatte, die von der CDU kamen, immer sehr schnell vom Ribbentrop-Molotow-Pakt die Rede war - so, als sei dieser Pakt das einzige, was uns

im Hinblick auf unsere gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen interessieren könnte. Dieses Thema ist bei solchen Gesprächen sozusagen schon Tradition, und ich sage Ihnen ganz offen - wie Journalisten das so zu tun pflegen -, daß es allmählich langweilig wird, immer wieder darauf zurückzukommen, so, als sei es - wie schon gesagt - das Allerwichtigste auf der Welt. Ich mag in diesem Zusammenhang nicht einmal mehr von einem "Alibi-Komplex" sprechen, denn ich glaube, daß das ständige Zurückgreifen auf dieses Thema weniger ein Komplex als vielmehr eine Krankheit ist.

Aber nun zu meiner Frage: Sie und auch viele Ihrer Parteifreunde betonen immer wieder, wenn man mit ihnen über das Problem der Schulbuchempfehlungen spricht, ihre - um es einmal so pathetisch auszudrücken - "aufrichtige Freundschaft und Verständigungsbereitschaft" gegenüber Polen. Könnten Sie so nett sein, uns in diesem Raum, in diesem kleinen Raum, und in diesem "engen Kreis" - wie intelligente Leute das ja zu nennen pflegen -, einmal zu sagen, was die CDU seit 35 Jahren in Richtung auf eine Verständigung und Freundschaft gegenüber Polen wirklich getan hat?

+

DIETMAR KATZY:

Ich möchte zunächst einmal aufgreifen, was Herr Thees gesagt hat, und daran erinnern, daß die deutsch-französische Aussöhnung, die seinerzeit der Ostpolitik vorausging, sozusagen die Westaussöhnung, von der Gründung eines entsprechenden Jugendwerkes begleitet war; ich denke an das Deutsch-Französische Jugendwerk. Es ist meines Erachtens erforderlich, unabhängig von der politischen Gesamtsituation etwas Entsprechendes auch mit den Nachbarn im Osten zu installieren. Ich glaube, das wäre ein sehr wichtiger Beitrag für das gegenseitige Verständnis, und da - meine ich - sollte man vielleicht auch als Politiker einmal überlegen - Herr Dammeyer -, ob eine derartige Initiative nicht von Nordrhein-Westfalen ausgehen könnte; ob man diesen Aspekt nicht verstärkt in die politische Diskussion einbringen könnte, um positive Veränderungen vorzunehmen.

Jetzt zu der sehr komplexen Frage, die Herr Podkowinski vorgetragen hat: Was hat die CDU in 35 Jahren für die Verständigung getan?

Sie werden bei einer so komplexen Frage von mir nicht erwarten können, daß ich Ihnen hier detailliert antworte, denn es war schon eine sehr schwierige Aufgabe, hier in so kurzer Zeit die Position der CDU - nicht in einem Referat, sondern in einem Diskussionsbeitrag - darzulegen.

Es ist richtig, daß zunächst einmal die Verständigung mit den westlichen Nachbarn von Adenauer mit besonderer Betonung, aber auch von dem gesamten Parlament betrieben und zu einem positiven Ergebnis geführt wurde. Es hat in der Tat aufgrund bestimmter Belastungen hier in der Bundesrepublik zunächst einmal Schwierigkeiten gegeben, in unseren Beziehungen mit dem Osten zu einem entkrampften Verhältnis zu kommen. Ich glaube, daß dieser Prozeß auch in der CDU/CSU so klar ist, daß von einer gemeinsamen Politik des Deutschen Bundestages in den Grundfragen - nicht im Detail, da gibt es immer Differenzen -, von einer gemeinsamen Politik der Versöhnung, der Verständigung mit dem Osten gesprochen werden kann.

Ich glaube, das sollte man ernst nehmen; wir haben das auch immer getan. Es war Adenauer, der zunächst einmal die Kontakte mit der Sowjetunion gesucht hat - ich denke beispielsweise an die Frage der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen -, der auf humanitärer Ebene das Gespräch aufgenommen hat.

Ich glaube, daß wir das gesamte Feld der Ostpolitik einschließlich der Kontakte mit den polnischen Nachbarn sehen müssen, und bin davon überzeugt, daß wir zu einer Gemeinsamkeit der deutschen Politik finden können, unter der Voraussetzung - und das ist leider bisher meines Erachtens hier nicht klar ausgedrückt worden -, daß wir alle den Verfassungsrahmen akzeptieren. Hier liegt der kritische Punkt. Wir sind für Verständigung, wollen aber den Verfassungsrahmen so, wie er festgelegt ist, achten. Wenn wir uns mit der Lösung bestimmter Fragen im Osten befassen - dazu gehört die Westgrenze Polens und deren Anerkennung -, dann ist das in einem Gesamtsystem des Friedens mit dem Osten zu sehen und einem Friedensvertrag vorzubehalten. Da, so glaube

ich, werden wir mit Sicherheit zu einer Lösung kommen, die alle Seiten befriedigt. Das ist von unserer Seite immer wieder betont worden.

Ich bin aber - das muß ich Ihnen sagen - kein Experte für den Bereich der deutschen Ostpolitik, sondern ich bin Lehrer, der sich aus der Geschichte heraus mit diesen Fragen befaßt. Es wäre besser gewesen, wenn hier beispielsweise Fachleute aus dem Außenpolitischen Ausschuß des Deutschen Bundestages Stellung genommen hätten. Ich kann hier nur im Allgemeinen bleiben; denn ich arbeite auf einem anderen Feld, nicht auf dem Feld völkerrechtlicher Vereinbarungen oder dem der Außenpolitik.

Ich bewundere das polnische Volk, daß es trotz der Teilungen, die es durchlitten hat, immer wieder zu seiner nationalen Identität zurückgefunden und sich in Grenzen bewegt hat, die dann von seinen Nachbarn akzeptiert werden mußten. Das ist nicht eine Frage von 40 Jahren, sondern teilweise von sehr viel längeren Zeiträumen gewesen. Ein Beispiel, das auch für die Deutschen vorbildlich ist. Nur, Sie müssen uns verstehen, daß wir aus dieser gleichen Haltung heraus zunächst einmal bestimmte Positionen einnehmen, die wir nicht ohne weiteres preisgeben können, sondern die wir in einem friedlichen Verhandlungswerk vertraglich regeln wollen. Ich glaube, gerade die Polen sind für mich und für viele Deutsche, besonders für diejenigen, die sich mit Geschichte befassen, ein geradezu vorbildliches Volk, was die Erhaltung nationaler Identität angeht.

Ich lege großen Wert auf die Feststellung, daß ich das, was ich hier sage, aus meiner Überzeugung heraus sage. Ich muß, ich will aus Überzeugung meine Position darlegen, und ich habe Ihnen auch aus Überzeugung gesagt, wie ich die polnische Nation, wie ich das polnische Volk beurteile; daß ich seine Fähigkeit schätze, Geschichte in der Gegenwart zu leben.

Jetzt zum Warschauer Vertrag: Der Warschauer Vertrag hat bestimmte Fragen geregelt, hat aber auch bestimmte Optionen offengelassen. Der Warschauer Vertrag ist von uns akzeptiert. Er ist aber zu sehen in dem Bedingungsgefüge der anderen von mir vorhin im Rahmen des An-

trages der CDU-Landtagsfraktion genannten Punkte. Und da gibt es ja auch völkerrechtlich gesehen bestimmte Positionen oder verfassungsrechtlich gesehen bestimmte Positionen, die zu beachten sind. Ich möchte in der Tat eine endgültige Regelung der gesamten deutschen Frage mit der Frage der deutschen Ostgrenzen usw. herbeiführen. Das Problem ist, daß ich kein Völkerrechtler bin und die gesamte Komplexität - und darum bitte ich um Ihr Verständnis - hier nicht schlüssig darlegen kann.

+

MIECZYSLAW TOMALA:

Nach dem, was Herr Mertineit hier gestern über mich gesagt hat, sollte ich meinen Namen vielleicht in "Lackmus" ändern. Wissen Sie eigentlich, daß ich mich nach dieser Diskussion in meiner Theorie bestätigt fühle und nach wie vor der Ansicht bin, daß die Schulbuchempfehlungen, die einen so großen moralischen Wert haben, weil sie die Geschichte, die Gegenwart und auch eine Verpflichtung für die Zukunft einschließen, ein Gradmesser für unsere zukünftigen Beziehungen sind - vor allem, was die Jugend in unseren beiden Staaten angeht?

Des weiteren bin ich der Ansicht, Herr Mertineit, daß Ihre Theorie die meine in gar keiner Weise ausschließt. Meine Theorie beinhaltet zunächst einmal eine Feststellung, und dann kann man die Ihre anwenden... Jedenfalls stehe ich auf dem Standpunkt, daß man dort beginnen sollte, zu arbeiten, wo die Leute - wenn auch nur geringe - Ansätze zu einer Verständigungsbereitschaft zeigen.

Aber nun zu einigen Bemerkungen von Herrn Katzy.

Was mich besonders beunruhigt, Herr Katzy, ist, daß Sie die Beziehungen zu Polen nicht besonders behandeln wollen, sondern sie in den Gesamtrahmen der Beziehungen zu allen südosteuropäischen Staaten stellen möchten. So habe ich Sie jedenfalls verstanden. Ich glaube aber, die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen - vor allem während des zweiten Weltkrieges - waren von völlig anderer Art als etwa die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien oder zwischen Deutschland

und Ungarn oder zwischen Deutschland und Kroatien. Folglich kann man das einfach nicht auf eine Stufe stellen!

Zweitens kann ich auch Ihre Formulierung nicht akzeptieren, mit der Sie gesagt haben, die Politik des Dritten Reiches sei gegen viele Angehörige des polnischen Volkes gerichtet gewesen. Die Politik des Dritten Reiches war nicht gegen viele Angehörige des polnischen Volkes, sondern gegen das Volk, gegen das ganze polnische Volk gerichtet, und hier solche Unterschiede zu machen, das sollte man - jedenfalls meiner Ansicht nach - eigentlich lieber unterlassen. Das muß ich hier doch einmal ganz klar sagen.

Sehen Sie, ich bin auch der Ansicht, daß die CDU die große Chance, die man ihr gegeben hat, die ihr die Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg gegeben hat, nicht wahrgenommen hat. Nicht zufällig hat unsere Partei, unsere politische Führung erst im Jahre 1969 den Vorschlag zur Regelung der Grenzfragen und zur Normalisierung unserer Beziehungen gemacht. Das war im Mai 1969. Im März desselben Jahres war die Wahl des Bundespräsidenten gewesen, und bei dieser Gelegenheit waren erste Anzeichen einer sozial-liberalen Koalition deutlich geworden. Erst die SPD hatte die Kraft, die notwendige Kraft, an das Problem der Lösung dieser Fragen heranzugehen, und das muß man als eine geschichtliche Leistung anerkennen, und das wird von uns auch in dieser Weise anerkannt. Ich möchte hoffen, daß die anderen politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland - oder doch die Partei, die Sie repräsentieren - sich diese Haltung zum Vorbild nehmen könnten.

+

CHRISTIANE LORENZ:

Ich bin Lehrerin in Solingen und an und für sich hierhergekommen, um zu sehen, wie weit die Schulbuchkommission in ihren Überlegungen gekommen ist. Ich muß sagen, die drei Tage, die ich hier verbracht habe, waren für mich sehr lehrreich, sehr fruchtbar. Und gerade deshalb, weil der Ausgangspunkt, von dem aus ich hierhergekommen bin, die Verständigung ist, meine ich, daß Vertuschen nichts hilft,

sondern wir einfach aufarbeiten müssen. Haben Sie aber, bitte, Verständnis, wenn ich jetzt sage: aufarbeiten von beiden Seiten.

Und deshalb möchte ich nur einen Punkt aufgreifen, einen Punkt in dem Diskussionsbeitrag von Herrn Zdanowski, und zwar als er sich über eine Gruppe von Deutschen geäußert hat, die hier nicht präsent sind. Gerade aus diesem Grunde möchte ich ganz einfach meine Meinung dazu sagen.

Ich kann es, Herr Zdanowski, zumindest so nicht stehenlassen, wenn Sie die Flüchtlinge, die wir als "Spätaussiedler" bezeichnen und die jetzt aus Polen zu uns herüberkommen, für meine Begriffe in gewisser Weise zu Opportunisten stempeln. Wenn Sie behaupten, das seien zunächst Deutsche, die nach dem zweiten Weltkrieg zu den polnischen Behörden gegangen seien und dort händeringend gesagt hätten: "Bitte, wir sind Polen, erkennt uns als Polen an!", und wenn Sie dann hinzufügen, jetzt wollten eben dieselben Menschen aus Polen heraus, so erklären Sie sie damit - jedenfalls so, wie ich es sehe - zu Opportunisten. Ich meine, daß man diese globale Herabsetzung - und das ist es zumindest, so, wie Sie es gesagt haben - hier im Raum einfach nicht unwidersprochen stehenlassen kann.

+

PETER G. THIELEN:

Es ist etwas schwierig, jetzt, da wir zunehmend auch in die hohe Politik geraten sind, den roten Faden in der Diskussion zu finden und ihn festzuhalten. Ich möchte deswegen noch einmal anschließen an den Beginn des Votums von Herrn Rzeszotarski, an Ihre Geschichte über den Informationsstand polnischer Bauern - Sie erinnern sich alle an die schöne Anekdote.

Lassen Sie mich das unter dem Aspekt fortführen, wie dringend wir gegenseitiger Information bedürfen. Ich wurde anlässlich einer Konferenz der gemeinsamen Schulbuchkommission unfreiwilliger Zeuge eines Gespräches, in dem ein polnischer Kollege einen deutschen Universitätsprofessor, einen Historiker, über den Unterschied der Sekundar-

stufe I und der Sekundarstufe II in der Bundesrepublik Deutschland, speziell in einigen Bundesländern, aufklärte. Ich halte es geradezu für den idealen Zustand des gegenseitigen Informationsaustausches, daß man über sich selbst durch den anderen das Richtige erfährt.

Aber nun zu einer zentralen Frage. Wir haben ja zunehmend bemerkt, daß im Verlauf der Tagung die Töne etwas schriller wurden (Problem der "Perlenkette"). Es wurde bei polnischen Kolleginnen und Kollegen von Ängsten, ja Verzweiflung, von Resignation gesprochen. Rühren nicht - und damit greife ich jetzt, obwohl ich nicht auf seiner politischen Linie liege, doch noch einmal die Anregungen von Herrn Katzy auf - einige dieser Beengungen auch daher, daß uns in der nunmehr zehnjährigen Wirkungszeit der gemeinsamen Kommission die strikte Reduzierung auf bilaterale Aspekte den Atem nimmt? Ganz gewiß mußten diese Gespräche zwischen polnischen und deutschen Historikern zunächst bilateral begonnen werden, daran gibt es gar keinen Zweifel. Und zweifellos bestehen zwischen Deutschen und Polen Beziehungen ganz anderer Qualität als beispielsweise - eben wurde das zitiert - zwischen Deutschen und Kroaten. Aber in dem Moment, wo man etwa - ich fand das Kroaten-Beispiel nicht sehr gut - die Tschechen hinzuzöge - und damit verblieben wir ja auch noch immer in Ostmitteleuropa -, wäre die Engführung der deutsch-polnischen Beziehungen schon ein bißchen aufgelockert. Man kann nur bedauern, daß wir in Richtung Prag nicht ein ähnliches Vorankommen in diesen Bemühungen feststellen können wie im deutsch-polnischen Austausch.

Noch einmal die Frage: Rührt nicht doch ein beträchtlicher Teil der Beengungen in unserem Gespräch von dem strikten Festhalten an der Bilateralität der Aspekte her? Einem Historiker ist doch nie ganz wohl dabei, wenn er nur einen Strang aus einem Komplex herauslöst und dabei nicht nach rechts oder links zu sehen wagt.

Und dem Didaktiker geht es genauso. Viele Schwierigkeiten, die wir bei der Umsetzung der Empfehlungen in die Schulpraxis der einzelnen Bundesländer haben, rühren doch daher, daß zahlreiche, im deutsch-polnischen Verhältnis durchaus gravierende Einzelthemen so in unserem Unterricht nicht unterzubringen sind, weil der didaktische

Stellenwert - u.a. bedingt durch die Größenordnung der Unterrichtseinheiten, durch die Stundentafeln - ein anderer ist als der politische oder der geschichtswissenschaftliche. Sollte nicht auch aus diesem Grund - wir haben im Sommer schon einmal kurz darüber gesprochen - eine zunehmende Erweiterung in Richtung auf Ostmitteleuropa insgesamt und auf Osteuropa hin erfolgen? Und, Herr Thomas, auch unter dem Aspekt des "Bombensyndroms" werden wir ja geradezu genötigt, gesamteuropäisch zu denken. Sollten wir da nicht zunehmend auch die deutsch-polnischen Beziehungen - fachwissenschaftlich, fachdidaktisch, politisch - wieder in einem gesamteuropäischen Kontext sehen lernen?

*

ARMIN DROSS:

Ein paar Worte zur Person: langjähriger Dozent am Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho an der Weser, seit einem Jahr im tätigen Ruhestand; ehemaliger polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität; in dem Gebiet an der unteren Weichsel zu Hause, dort in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gelebt; gegenwärtig und in den letzten Jahren auch intensiv beschäftigt mit der Übersetzung polnischer wissenschaftlicher und schöngeistiger Literatur.

Ich will zunächst ein Stichwort aufgreifen, das heute vormittag gefallen ist: die Frage des Status der Vertriebenen.

Ich selbst gehöre dieser Gruppe an, die hier nicht repräsentiert ist - allerdings in einer sehr spezifischen Weise, muß ich sagen. Ich bin im Januar 1945 mit meiner Familie aus meiner Heimat an der unteren Weichsel auf Anordnung der Behörden des Dritten Reiches vertrieben worden, habe also damals auch entsprechende Erfahrungen gemacht. 1947 habe ich dann damit begonnen, auf eine deutsch-polnische Verständigung hinzuarbeiten. Das war im teilweise noch sehr stark zerstörten Deutschland bzw. im westlichen Teil Deutschlands nicht so ganz einfach.

Damals ist mir zum erstenmal auch bekanntgeworden, was Herr Zdanowski

hier heute gesagt hat, nämlich, daß angesichts der Fluktuation der Bevölkerung, angesichts der starken Zerstörungen und der mangelnden wirtschaftlichen Möglichkeiten viele regional besonders stark verwurzelte Menschen - ich denke vor allem an Schlesier und Oberschlesier - gesagt haben, in diesem überfüllten und zerstörten Deutschland wollten sie nicht leben. Das heißt, sie haben sich tatsächlich um die polnische Staatsbürgerschaft bemüht und diese auch erhalten.

Im Laufe der Zeit, nachdem die Situation hier anders geworden war, entstand dann bis zum Jahre 1957 ein Stau von Umsiedlungsanträgen. Nach dem "polnischen Oktober" 1957 genehmigte die Regierung in Warschau diese mehr als 400 000 Anträge und hielt damit die Sache für erledigt. Im Zuge der Zeit kam aber dann - wie Sie wissen - doch noch einiges dazu; und ich meine, daß das, was im Zusammenhang mit dieser Aussiedlung geschieht, nicht zu verharmlosen ist. Wenn heute die Spätumsiedler hierherkommen und den Vertriebenen-Ausweis erhalten, können Sie sagen, das sei eine rechtliche Angelegenheit - gewiß, aber es ist auch eine politische Angelegenheit!

Ich habe jetzt im Zusammenhang mit meiner Rentenbeantragung - und lassen Sie mich das, bitte, noch ausführen - meinen Vertriebenen-Ausweis an die Bundesanstalt für Angestellte einschicken müssen. Ich hatte den Ausweis bereits vor längerer Zeit verloren, mußte mir also für die BfA eine Zweitschrift aus München besorgen. Gleichzeitig mit dieser Zweitschrift erhielt ich - unangefordert - eine Reihe von Anträgen für meine Kinder, die den Vertriebenen-Ausweis also jetzt beantragen können - es aber, das nur nebenbei, ganz sicher nicht tun werden -, darunter auch meine jüngste Tochter, die 1951 in Oberbayern geboren ist.

Es gibt also bestimmte Dinge, bei denen es durchaus verständlich ist, wenn sie von unseren polnischen Gesprächspartnern hier angeführt werden.

Die Frage nach dem Revisionismus ist in diesem Zusammenhang auch nicht ganz unbegründet. Die Ereignisse sind ja noch nicht so sehr lange her, und wenn man in historischen Dimensionen denkt, wie viele politisch bewußte Polen es tun, dann erscheint diese Frage gar nicht mehr so

sehr aus der Luft gegriffen. Es ist noch nicht so sehr lange her, daß im Müngersdorfer Stadion in Köln bei dem großen Pfingsttreffen der Vertriebenen Transparente entrollt wurden mit Aufschriften wie "Schlesien gehört uns - und nicht den polnischen Kindern!". Das sind Dinge, die auch ihre Langzeitwirkung haben, die lange nachwirken.

Das dritte, was ich anführen möchte, betrifft den ja immer wieder erwähnten offiziellen Schüler- oder Jugendaustausch. Wir denken häufig hier bei uns - vielleicht, ohne das zu generalisieren - in so bürokratischen Kategorien, daß das, was nicht von beiden Seiten durch vertragliche Vereinbarungen, protokolliert und unter Austausch der Ratifikationsurkunden festgelegt ist, in der Vorstellung mancher von uns nicht existiert.

Wir betreiben und haben in dem Institut, das ich eingangs nannte, seit 1959, also lange bevor die sogenannte neue Ostpolitik begann, diesen Jugendaustausch punktuell betrieben - angefangen mit den ersten Reisegruppen, die damals nach Polen gingen - und inhaltlich vorbereitet. Damals hat man sich noch viel Zeit genommen: Zwölf Wochenenden wurden darauf verwandt, sich gründlich auf diese Reise vorzubereiten, einschließlich eines kurzen Sprachunterrichts, der in die Kurse eingefügt war. Das, was heute auf diesem Gebiet existiert, ist im Laufe der Zeit gewachsen. Ich habe das allein an den Informationsschriften gesehen, die wir für diese Vorbereitung von Polenreisen erstellt haben: Es sind inzwischen insgesamt 25 000 dieser Schriften mit allen möglichen, auch technischen Hinweisen, wie man eine solche Fahrt vorbereitet und was man zu tun hat, um den Aufenthalt möglichst vernünftig und fruchtbar zu gestalten.

Wir haben in diesem Sommer eine polnische Schulklasse aus Warschau vom dortigen Gymnasium Augustinum hier bei uns gehabt, und zwar im Austausch, nicht als Einzelbesuch. Vielmehr hatte die Berufsschule Löhne vorher einen Besuch in Polen gemacht, und diese Klasse, diese 12. Klasse des Warschauer Gymnasiums, kam dann hierher. Wir sind mit den Jungen und Mädchen und ihren Lehrern durch das Land gereist und haben auch mit ihnen gearbeitet. In dieser Richtung passiert also manches, und es bedarf tatsächlich nur der intensiven Mitarbeit einzelner, um solche Aktionen zustande zu bringen, auch ohne daß man

sich auf irgendwelche vertraglichen Vereinbarungen stützen kann oder sagt: Herr Minister, es ist langsam Zeit, nun regeln Sie das mal endlich!

Auch das, was dort bei Ihnen im Düsseldorfer Kultusministerium in bezug auf die Lehrerfortbildung auf diesem Gebiet geschehen ist, hat erste vor drei Jahren begonnen. Ich hatte seinerzeit bei der Interschul-Ausstellung in Dortmund einen Vortrag zu halten, und erst danach sind dann entsprechende Schritte unternommen worden. Ich meine nicht, daß ich damit angefangen hätte, aber ich habe daran mitgewirkt. Auf dieser ersten Lehrerfahrt nach Polen war ich auch in Warschau gewesen und habe so ein paar Verbindungen vermitteln können.

Hier sollte man also nicht auf perfektionierte Regelungen warten beziehungsweise sich auf solche Regelungen verlassen - möglichst abgesichert von allen Parteien und von allen Seiten -, hier bedarf es tatsächlich der eigenen Initiative. Es gibt - glaube ich - inzwischen auch eine ganze Menge von Lehrern, die auf diesem Gebiet sehr aktiv sind.

+

HANS-WOLF RISSOM:

Ich bin Referent für Erziehung bei der Deutschen UNESCO-Kommission und seit Anbeginn mit der deutsch-polnischen Schulbuch-Revisionsarbeit im Hintergrund verbunden. Seit der ersten Konferenz in Warschau, die ich mitgemacht habe, hat sich das Klima - das, glaube ich, sagen zu können - ganz enorm geändert. Ich erinnere mich sehr wohl, daß wir damals steif, fast furchtsam nach Polen fahren und dort auch sehr förmlich begrüßt wurden. Inzwischen ist der Kreis der Beteiligten zu einem Freundeskreis zusammengewachsen.

Ich wollte hier kurz auf das eingehen, was Herr Heinz ziemlich zu Anfang bemerkt hat, auf die Frage, wieso es eigentlich notwendig ist, zehn Jahre nach Beginn dieser Arbeit in einem Land wie Nordrhein-Westfalen, das sich ja als ein sehr engagiertes Land

dargestellt hat, eine solche Tagung überhaupt noch zu veranstalten, und wiese es eigentlich notwendig ist, noch einmal so grundsätzlich anzufangen - so, als arbeiteten wir vielleicht gerade ein oder zwei Jahre an diesen Problemen.

Das hat - meine ich - viele Gründe. Einer dieser Gründe ist sicherlich, daß man es sich mit der Frage der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen auf der Länderebene doch zu bequem gemacht hat. Das ist auch, das ist aber nicht nur ein Problem der Opposition; auch auf der Regierungsseite hat man es sich in der Anwendung praktischer Maßnahmen zu leicht gemacht. Erst seit drei Jahren gibt es Lehrerfahrten nach Polen. Sicher, Herr Dross hat eben gesagt, es gebe viele Privatinitiativen, aber öffentlich geförderte Initiativen gibt es erst seit kurzer Zeit.

Wenn wir uns jetzt fragen, wie es nach dieser Tagung eigentlich weitergehen soll, möchte ich hier nur das unterstreichen, was auch Herr Dross als einen Weg sieht: Wir müßten mit sehr praktischen Maßnahmen weiterfahren und versuchen, diese Maßnahmen zu einem Gesamtprogramm der Umsetzung auf Landesebene zusammenzufassen. Da sind einmal die Lehrerfahrten nach Polen, die den besten Einstieg für eine Auseinandersetzung mit der polnischen Geschichte bilden. Da sind aber auch - meiner Meinung nach bisher viel zu wenige - Staatsexamens-, Assesoren- und Promotionsarbeiten, die sich mit diesem Thema befassen und die gefördert werden könnten.

Es wird heute sehr leicht und schnell das Argument gebracht, es koste ja alles soviel Geld, und eben das sei nicht vorhanden. Nein, es gibt so viele Möglichkeiten, dieses Thema in den Unterricht einzuführen, ohne daß es auch nur einen Pfennig mehr kostet; man braucht nur das Thema bewußt zu wählen. Es gibt an vielen Schulen Projektwochen. Hamburg hat es vorexerziert, ohne große Kosten; Herr Mertineit hat darauf hingewiesen. Warum kann nicht an viel mehr Schulen eine Projektwoche einmal dem Thema "Das deutsch-polnische Verhältnis" gewidmet werden? Und wenn das geschehen und nur noch nicht bekannt ist, warum wird eine solche positive Erfahrung nicht bekanntgemacht? Warum gibt es noch nicht genügend Lehrerfortbildungsveranstaltungen

zu dem Thema "Das deutsch-polnische Verhältnis"? Wir haben hier doch ein ganzes Programm zur Lehrerfortbildung. Über die "Methoden des Sprachunterrichts" oder über die "Einführung der Mengenlehre" werden Lehrerfortbildungsseminare veranstaltet. Warum werden zu einem so zentralen Thema wie dem des deutsch-polnischen Verhältnisses nicht viel mehr Tagungen gemacht? Und warum gibt es, wenn solche Tagungen von privater Seite durchgeführt werden, auch noch Schwierigkeiten, Lehrer, die daran teilnehmen wollen, vom Unterricht freizustellen?

Ich meine, die Palette der Möglichkeiten ist noch nicht ausgeschöpft, und was ich mir wünsche, ist, daß sich durch diese Tagung ein neuer Anstoß ergibt, die vielen möglichen Einzelschritte bei allen Beteiligten gründlich zu überdenken und sie zusammenzufassen, so daß sich die Anzahl der kritischen Lehrkräfte, die sich mit diesem Thema wirklich auseinandersetzen, noch erheblich vergrößert.

+

HERBERT KNEPPER:

Ich sehe mich hier insofern in einer sehr kuriosen Rolle, als ich als Nichtjurist immer wieder in die Notwendigkeit gerate, zu juristischen Fragen etwas zu sagen. Aber nachdem ich diese Rolle bisher gespielt habe, möchte ich nun nicht unvollständig sein und etwas, was ich wohl gestern zu sagen versäumt habe, hier noch ausführen.

Ich habe ja darauf hingewiesen, daß die juristische Argumentation zur Grenzdarstellung eine ziemlich einhellige ist und auch von solchen Juristen vertreten wird, die als Berater der Bundesregierung bei der Ostpolitik eine führende Rolle spielen, das heißt also, ausgesprochene Befürworter der Ostpolitik sind. Und dennoch dieser merkwürdige Vorbehaltsakzent.

Dazu muß ein ganz wichtiges Stichwort gegeben werden. Hauptgrund für diesen Vorbehaltsakzent, der ja auch im Warschauer Vertrag ausdrücklich drinsteht, ist Berlin. Die Position Berlins ist rechtlich nur abzusichern, wenn man immer wieder auf die Vorbehaltsrechte der

Alliierten zurückgreift - im übrigen ein Punkt, auf den die Alliierten selber dringend Wert gelegt haben und weiter Wert legen. Es gibt in dieser Frage einen Rechtsperfektionismus auch von seiten der westlichen Alliierten, der USA, Englands und Frankreichs, der so weit geht, daß die Grenzkorrekturen, die zwischen der Bundesrepublik, Holland, Belgien und Frankreich in den vergangenen Jahren vereinbart worden sind, alle unter dem gleichen Rechtsvorbehalt stehen. Der Grund ist die Sicherung von Berlin, denn nur im Zuge dieser konsequenten Haltung können die besonderen Vorrechte der westlichen Alliierten in Berlin aufrechterhalten werden. Andernfalls fielen sie weg, und es käme dort wieder zu der dramatischen Situation, wie wir sie schon einmal hatten.

Dies bedeutet natürlich - und das sagen die Juristen, auf die ich mich hier berufen muß, auch -, daß bei einer korrekten Darstellung in Atlanten stets dann, wenn man sie überhaupt bringt, die punktierte Linie nicht nur im Osten, sondern auch im Westen überall dort, wo Grenzkorrekturen stattgefunden haben, eingezeichnet werden müßte. Das wäre vollkommen korrekt und unabweisbar. Aber im Westen handelt es sich um so kleine Gebiete, daß man die "Perlenkette" dort kartographisch gar nicht darstellen kann.

Das entscheidende Kriterium ist also nicht, ob man einen solchen Vorbehalt rechtlich macht, sondern entscheidend ist, was für Vorstellungen man damit verbindet. Verbindet man damit die Vorstellung, daß man das halt deswegen machen muß, um Berlin in seiner rechtlichen Position abzusichern, oder verbindet man damit insgeheim irgendeinen Rückgewinnungsanspruch beziehungsweise irgend etwas, was man noch als Verhandlungsposition in die Waagschale werfen, sozusagen als Anspruch einbringen könnte. Da scheiden sich die Geister, und ich glaube, in diesem Punkt sind wir in unseren Aussagen eindeutig gewesen - sowohl was den Minister als was auch mich anbetrifft, und außer uns noch viele andere hier - so daß Sie sicher sein können, hier besteht nicht nur ein gradueller Unterschied zur Gegenseite, sondern hier wird von uns eine Interpretation vertreten, die mit dem Geist des Warschauer Vertrages vollkommen übereinstimmt.

HENRYK ZDANOWSKI:

Ich kann nur sagen, Frau Hirsch⁺, daß ich Sie um die gute, fortschrittliche Gesellschaft, mit der Sie es offenbar zu tun haben, sehr beneide. Aber dazu später noch einiges.

Für mich sind nur zwei große Bücher über den Krieg geschrieben worden, das eine nach dem ersten und das andere nach dem zweiten Weltkrieg, dieses allerdings sehr lange danach. Ich meine Hellers "Catch 22", ein Buch, das die Absurdität des Krieges in einer einmaligen Weise deutlich macht und das - wie ich glaube - nur ein Amerikaner schreiben konnte; ein Europäer hätte das so nicht fertiggebracht. Das beste Buch über den ersten Weltkrieg ist in meinen Augen Jaroslav Hašek's "Braver Soldat Schwejk", das ebenfalls das Prinzip verfolgt, den Krieg ad absurdum zu führen. Viele haben nach den beiden Weltkriegen die Absurdität des Krieges gesehen - aber plötzlich ist es dann aus damit, und zwar in dem Augenblick, in dem der Patriotismus ins Spiel kommt. Das ist ähnlich wie mit Hegels Dialektik: die ist gut, sehr gut sogar - aber dann ist da der preußische Staat, und da ist dann Ende.

Verzeihen Sie mir diese Bemerkungen, aber ich sehe hier eine Gefahr, die bis heute nicht überwunden ist.

Nun zu den Äußerungen von Frau Lorenz: Ich habe nicht gesagt, daß diejenigen, die heute aus Polen in die Bundesrepublik kommen, "Opportunisten" seien; dieses Wort haben Sie benutzt - möglicherweise mit Recht. Ich wollte sie so nicht qualifizieren. Die Tatsachen bleiben ja doch, wie sie sind, und wenn wir uns offen in die Augen sehen wollen, müssen wir auch die ganze Wahrheit sehen, so, wie sie ist.

Ich habe nicht behauptet und werde niemals behaupten, daß es sich bei dieser Gruppe um Leute handelt, die sich zu 100 oder zu 99 Prozent so verhalten haben, wie ich es beschrieben habe. Fest steht aber, daß sie in der Mehrheit zwischen 1945 und 1947 bis 1949 ohne Schwierigkeiten hätten auswandern können, aber in Polen geblieben sind und

⁺Der Beitrag von Frau Hirsch, auf den hier Bezug genommen wird, konnte aus technischen Gründen nicht abgedruckt werden.

die polnische Staatsangehörigkeit angenommen haben. Natürlich rede ich hier nicht von der jungen Generation, von denjenigen, die damals zwei oder drei Jahre alt waren oder sogar erst später geboren sind - das dürfte klar sein und kann ja gar nicht anders sein. Aber daß die übrigen sich so verhalten haben, wie ich es gesagt habe, dabei bleibe ich, und wenn Sie in diesem Zusammenhang die Bezeichnung "Opportunisten" verwenden, so ist das allein Ihre Sache. Ich habe das Verhalten dieser Menschen überhaupt nicht qualifiziert, sondern sogar gesagt, daß ich sie verstehen könne. Meine Kritik bezog sich auf etwas ganz anderes.

Nun zu einem anderen Punkt. Ich habe vorhin gesagt, Frau Hirsch verkehre offenbar in einer guten, fortschrittlichen Gesellschaft, und das scheint wirklich so zu sein, wenn sie niemanden von den 14 Prozent der deutschen Bevölkerung kennt, die einer Statistik im "Spiegel" zufolge faschistisch denken. Ich beschäftige mich sonst kaum mit Statistiken, aber die habe ich gelesen. Vielleicht haben Sie ja wirklich das Glück, mit diesen 14 Prozent nicht in Kontakt gekommen zu sein; ich muß Ihnen sagen, ich bin es auch nicht. Aber ich weiß, daß sie existieren - das liegt in der Natur der Sache.

Es ist hier vorhin gesagt worden, in Polen habe es vor zwanzig Jahren eine starke antideutsche Welle gegeben, die etwa 80 Prozent der Bevölkerung umfaßt habe. Ich weiß nicht, wieviel Prozent es tatsächlich waren, aber ich weiß, daß das heute für einen so großen Teil keineswegs mehr gilt. Vielleicht sind es heute noch 40 Prozent oder sogar nur noch 20 Prozent - ich weiß es nicht. Das Ganze ist eine Generationsfrage, und die sehr alte Generation ist ja heute nicht mehr am Leben. Das liegt eben auch in der Natur der Sache.

Und nun noch ein Wort zum Revisionismus, zu dem ich eigentlich nichts mehr sagen wollte, aber ich möchte, daß Sie mich richtig verstehen, und füge deshalb dem, was ich vorhin gesagt habe, noch etwas hinzu.

Ich weiß, daß die Revisionisten nur eine kleine Minderheit sind, aber diese Minderheit existiert, und wenn ich eben gesagt habe, man müsse der Wahrheit in die Augen sehen, um zu wissen, was vorgeht, so gilt das auch hier. Für mich ist der Revisionismus breiter, für mich

umfaßt er mehr, als die politische Definition des Begriffes aussagt - mehr auch als das, was heute in der Diskussion darunter verstanden worden ist. Verzeihen Sie mir bitte, aber ich meine, daß sehr viele Dinge dazugehören. Die Haltung der CDU - so, wie sie sich darstellt - ist in meinen Augen sowohl vom Konzept her als auch im Resultat revisionistisch. Natürlich kann man über den Begriff streiten; aber das wären dann wieder nur Worte. Damit wir uns, damit Sie mich besser verstehen, will ich noch einmal auf die Frage der Atlanten zurückkommen.

Wenn jemand einen solchen Atlas sieht - und es sind ja Schüler, die das sehen - , dann fällt ihm etwas Verdächtiges auf. Etwas ist hier nicht in Ordnung. Was ist hier nicht in Ordnung? Wieviel Prozent der Schüler werden Bescheid wissen? Ich meine, im guten Sinne Bescheid wissen? Ich könnte sagen: 50 Prozent, Sie könnten sagen: 80 Prozent. Aber selbst dann, wenn es 80 Prozent wären, blieben immer noch 20 Prozent, die sich sagen würden: wir wissen es von der Schule her, daß diese Grenze fraglich ist.

Man muß das wohl alles als einen Prozeß sehen. Sie müssen es so sehen, und ich muß es so sehen - als einen positiven Prozeß. Für viele von Ihnen ist dieser Prozeß bereits beendet, für mich ist er es nicht.

+

WŁADYSŁAW MARKIEWICZ:

Ich benutze die Gelegenheit, daß ich das Wort habe, um etwas an dem, was Sie gesagt haben, zu korrigieren. Ich tue das als Soziologe, der mit dem Argument der Generationsfrage sehr vorsichtig ist. Nein, es ist eben nicht immer so, daß man alles, daß man die Sozialprozesse, die gesellschaftlichen Prozesse lediglich auf die Generationsfrage reduzieren könnte. Wäre ich zum Beispiel nicht ehemaliger Häftling eines Konzentrationslagers - ich habe fast vier Jahre in Mauthausen zugebracht -, wäre ich bestimmt nicht ein so leidenschaftlicher Befürworter der deutsch-polnischen Versöhnung, wie ich es doch bin.

Und ich kenne viele Kollegen - zum Beispiel aus der gemeinsamen Schulbuchkommission - denen es in dieser Beziehung ebenso geht wie mir. Hier ist die Generationsfrage unwesentlich, und auch deswegen warne ich davor, sie zu verabsolutieren.

+

DIETMAR KATZY:

Ich bedauere die letzte Aussage meines Vorredners, Herrn Zdanowskis, im Hinblick auf die CDU, der hier sozusagen der Vorwurf gemacht wird, sie spiele den revisionistischen Part in der Bundesrepublik. Ich halte das für nicht richtig, weil es auch nach den Unterlagen, die für jedermann nachlesbar sind, in der Tat nicht zutrifft.

Ich habe vorhin gesagt, daß ich kein Völkerrechtler bin und auch kein Jurist. Ich stehe also in der gleichen Schwierigkeit, in der Herr Knepper gestanden hat. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich es für einen Mangel halte, daß wir auf dieser Veranstaltung niemanden haben, der über entsprechende Fachkompetenz verfügt, denn er könnte uns den Bewegungsspielraum genauer umschreiben, das, was machbar ist, verdeutlichen und die Komplizität, wie sie von Herrn Knepper angedeutet wurde, hier bewußt machen. Das ist bisher nicht in dem Ausmaß geschehen, wie es wünschenswert wäre.

Ich darf aber jetzt, nachdem ich hier in der kurzen Zeit die Unterlagen durchgearbeitet habe, auf die Frage, die mir eingangs in bezug auf die Rechtsverbindlichkeit bestimmter Abmachungen (Warschauer Vertrag, Verfassungsgebot usw.) gestellt wurde, eingehen und dabei einige Zitate verwenden.

Aus Plenarprotokollen habe ich ein Zitat entnommen, das der Resolution entstammt, die seinerzeit parallel zu dem Warschauer Vertrag vom Bundestag einstimmig verabschiedet wurde. Da heißt es: "Die Verträge (nämlich der Warschauer wie der Moskauer Vertrag) nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen." Das ist eine Aussage. Das Verfassungsurteil, und zwar das

vom 7. Juli 1975, sagt: "Die Grenzregelung in Art. 3 des Moskauer Vertrages bezieht sich auf die territoriale Integrität und die gegenwärtigen Grenzen aller Staaten in Europa, einschließlich der dort als Westgrenze Polens bezeichneten Oder-Neiße-Linie, während die Grenzregelung nach Art. 1 des Warschauer Vertrages nur die Grenzen Polens und der Bundesrepublik betreffen. Nach Auffassung der Bundesregierung handelte es sich bei diesen Grenzregelungen um Konkretisierung des Gewaltverzichts."

Diese Aussage, "Konkretisierung des Gewaltverzichts", ist eine auch von der CDU vollinhaltlich getragene und immer wieder betonte Position, und ich möchte sie hier ausdrücklich wiederholen. Vor dem Erfahrungshorizont der Geschichte muß es hier den Delegationsmitgliedern aus Polen darauf ankommen, gerade diesen Gesichtspunkt besonders betont zu erhalten, und das möchte ich nachdrücklich noch einmal tun.

Weiter heißt es in dem zitierten Urteil, von den Vertragspartnern werde daher nur das Unterlassen von Maßnahmen geschuldet, die auf eine gewaltsame Veränderung der in den Verträgen verzeichneten Grenzen gerichtet seien.

Diesen Satz kennen Sie sicher nicht alle. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn wir auch solche Rechtspositionen ernst nähmen, daß auch für Sie bestimmte Positionen nicht aufgebbar sind.

Unabhängig davon haben wir als Pädagogen und jetzt komme ich wieder in das Feld, in dem ich mich zu Hause fühle - den Auftrag, zur Friedenserhaltung, zur Verständigung mit allen Nachbarn einen Beitrag zu leisten.

Diesen Auftrag müssen wir alle konkret leisten, und zwar Mann für Mann, Frau für Frau, Jugendlicher für Jugendlicher; und hier bin ich der Meinung, die auch von anderen vertreten wurde, daß das Problem des Revisionismus mir bisher innerhalb unserer Gesellschaft und in meinem Umgang nicht begegnet ist; daß ich also nicht erfahren habe, daß in dieser Richtung Veränderungen angestrebt werden.

Ich muß in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Position von Herrn Knepper zurückkommen: Es gibt komplexere Zusammenhänge, die uns bestimmte Regelungen heute nicht erlauben, weil sie unsere nationalen Grundfragen berühren, wobei die deutsch-polnischen Beziehungen durchaus auf der Basis des Warschauer Vertrages fortentwickelt werden sollten, und zwar im Interesse des beiderseitigen positiven Verhältnisses.

Zum Schluß stelle ich noch einmal fest, daß ich eine Aussage, wie die, der Revisionismus sei in den Reihen der CDU sozusagen zu Hause, auf jeden Fall für die CDU zurückweise; ich kann das nicht gelten lassen. Ich weise einen solchen Vorwurf auch persönlich zurück; ich kann nachweisen, daß ich jederzeit für die Versöhnung mit den Staaten im Osten, besonders mit Polen, eingetreten bin, obwohl ich auch über schmerzliche Erfahrungen verfüge, die ich hier aber bewußt nicht angesprochen habe - ich bin als Kind aus Schlesien, aus Oberschlesien, in die Bundesrepublik gekommen. Diese Erlebnisse habe ich verarbeitet, und zwar in dem Sinne, wie ich es hier auch von Ihnen gehört habe: im Sinne einer positiven, verständigungsbereiten Position. Ich meine also, daß solche Vorwürfe von niemandem in dieser Runde erhoben werden sollten; anderenfalls müssen sie eine entsprechende Zurückweisung erfahren.

+

JAN BARCZ:

Da die Zeit knapp ist, möchte ich hier kurz einige Gesichtspunkte - vielleicht auch Thesen - vortragen und an alle Teilnehmer der Konferenz appellieren, dazu einmal einige Überlegungen anzustellen.

Der Warschauer Vertrag wurde im Dezember 1970 unterzeichnet. Wenig später wurde in der Bundesrepublik mittels bestimmter Erklärungen aus den schon erwähnten Bundesverfassungsgerichts-Urteilen eine innerstaatliche, nicht eine völkerrechtliche Interpretation geschaffen, die dem Inhalt des Vertrages widerspricht.

Diese innerstaatliche, das heißt einseitige Interpretation kann keine

völkerrechtliche, also für beide Seiten verpflichtende Bedeutung haben, höchstens insoweit, als sie, da sie dem Vertragstext widerspricht, Polen bestimmte Ansprüche einräumt, die Bundesregierung aufzufordern, daraus etwa resultierende Tätigkeiten zu unterlassen.

Mittels dieser Interpretation hat man versucht, alte Rechtsvorstellungen aus der Zeit des Kalten Krieges wieder lebendig zu machen. Deswegen mein Appell an alle hier, die sich irgendwie mit den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland befassen, auch die Dokumente der Alliierten aufmerksam zu lesen. Frau Hirsch hat hier vorhin von einem "Friedensvertragsvorbehalt" gesprochen. Die Dokumente der Alliierten kennen einen solchen Begriff nicht. Dieser Begriff stammt aus den fünfziger Jahren, und jetzt versucht man, ihn mittels dieser Interpretation wiederzubeleben.

Deswegen ist es für uns, für die polnische Seite - aber auch für mich persönlich - wichtig, diese Dinge sehr aufmerksam zu verfolgen und in dieser Frage sehr ungeduldig zu sein. Immerhin kann man ja in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom vergangenen Jahr lesen, daß Gebiete im Westen und Norden Polens Niemandsland sind.

Ich möchte hier nicht zu viel Zeit in Anspruch nehmen, muß aber doch noch einmal wiederholen, was ich gestern schon gesagt habe, weil es auch mit dieser Frage zusammenhängt, nämlich: daß der Normalisierungsprozeß zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland ein sehr schwieriger Prozeß ist.

Und weil das so ist, bitte ich auch alle diejenigen von Ihnen, die unsere Beziehungen erst einmal beobachtend verfolgen, sich die Dokumente mit den Grundsatzaussagen, die dazu getroffen worden sind, zu beschaffen und sich mit ihnen vertraut zu machen.

Um noch kurz ein Beispiel zu erwähnen: die Frage der Viermächteverantwortung. Diese Verantwortung bezieht sich natürlich auf Berlin, auf West-Berlin; sie bezieht sich auf die Bundesrepublik und wahrscheinlich auch auf die DDR. In den alliierten Dokumenten wurde aber festgelegt, daß die polnischen Westgebiete außerhalb des Besatzungsrechtes stehen, also nicht der Viermächteverantwortung unter-

liegen. Die alliierten Dokumente enthalten auch an keiner Stelle den Begriff "Deutschland als Ganzes". Das ist auch eine Wendung, die aus den fünfziger Jahren stammt, die in Westdeutschland in der Zeit des Kalten Westkrieges geschaffen wurde.

Die Aufgabe des Warschauer Vertrages war es, mit eben diesen Rechtsvorstellungen Schluß zu machen und tragfähige Grundlagen für einen Normalisierungsprozeß zu schaffen. Seine Aufgabe war es nicht, Möglichkeiten zu bieten, die Rechtsvorstellungen aus der Zeit des Kalten Westkrieges in irgendeiner Weise wiederzubeleben.

+

MANFRED DAMMEYER:

Ich bin sehr dafür, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen ernst genommen und daß sie umgesetzt werden. Ich bin dafür, daß das deutsch-polnische Verhältnis ständig weiter positiv entwickelt wird. Deshalb - glaube ich - kann man es auch bei einer solchen Konferenz zulassen, daß immer auf die im Grunde Falschen eingeschlagen wird. Aber ich möchte das doch noch ein bißchen thematisieren.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist das Land in der Bundesrepublik, das in den Fragen, die hier zur Debatte stehen, allen anderen Bundesländern um Meilen voraus ist. Deshalb wirkt es auch einigermaßen komisch, daß mit diesem "Atlanten-Kompromiß" hier ständig ausgerechnet auf Herrn Knepper eingeschlagen wird, und beinahe ebenso komisch ist, daß er selbst so zu diesem Kompromiß steht - quasi von vorn bis hinten -, denn er ist ja derjenige gewesen, der die vorherige, die richtige, nordrhein-westfälische Position beschrieben hat, und das mit den gleichen, guten Argumenten, mit denen er meint, jetzt hier auftreten zu müssen.

Ich fand es übrigens sehr interessant, daß die Freiheit Berlins in unseren Atlanten verteidigt wird! Das habe ich nun tatsächlich hier zum erstenmal gehört, und wenn dem wirklich so wäre, hätte es - finde ich - hohe agitatorische Qualität! Ich denke, man sollte das hier in Erinnerung rufen und insofern auch ein bißchen an das anknüpfen, was

die Position der CDU und die von Herrn Katzy angeht. Ich sagte ja schon zu Beginn, daß ich Herrn Katzy zumindest für einen "grauen Raben" halte - ich glaube, das ist inzwischen auch hier deutlich geworden -, und das gleiche gilt auch für die CDU in Nordrhein-Westfalen. Warum ich dieser Meinung bin, möchte ich jetzt einmal kurz darlegen.

Das Bundesverfassungsgerichts-Urteil, von dem hier immer wieder die Rede ist, wurde ja in revisionistischer Absicht erstritten. Die bayrische Staatsregierung hatte gegen die Verträge das Bundesverfassungsgericht angerufen, weil sie diese Verträge - und zwar diese Verträge exakt in den bewußten Punkten - nicht wollte. Nun hat die bayrische Staatsregierung ja gewiß etwas mit der CSU/CDU zu tun; das ist unbestritten. Das Bundesverfassungsgericht hat genau diesem Antrag und der Antragsbegründung nicht recht gegeben. Ich stelle das hier noch einmal fest und registriere gleichzeitig auch das, was ich vorhin schon in einer Zwischenbemerkung angeführt habe und was heute quasi als Legende gehandelt wird: daß nämlich die Bemühungen des damaligen Oppositionsführers Rainer Barzel (CDU) durchaus darauf gerichtet waren, die Verträge im Bundestag passieren zu lassen. Das, was dann als "Jain" dabei herauskam, die Stimmenthaltung im Bundestag - war eben kein hartes "Nein" der CDU.

Ich möchte da gern anknüpfen, denn das ist eigentlich auch der Geist, aus dem heraus die nordrhein-westfälische CDU ihren - wie ich finde - zwar völlig unzureichenden Antrag beschrieben hat, einen Antrag, der aber doch sehr viel weitergehender, sehr viel vernünftiger war als das, was wir aus anderen Landtagen zu hören bekamen.

Ich sage das wieder unter der Überschrift, daß hier auf die Falschen eingeschlagen wird: erstens auf das Land Nordrhein-Westfalen - zu Unrecht; zweitens auf Herrn Knepper - zu Unrecht; drittens auf Herrn Katzy - ebenfalls zu Unrecht. Ich finde, man müßte Konferenzen dieser Art eigentlich mit denjenigen veranstalten, die da wirklich schlimmere Auffassungen vertreten.

Und damit komme ich auf meinen Anfangssatz zurück: Ich möchte, daß

wir mit den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und mit dem deutsch-polnischen Verhältnis weiterkommen. Und weil wir damit weiterkommen wollen, muß man vor allem mit denjenigen von der "anderen Seite" reden, die in ihren Auffassungen am weitesten fortgeschritten sind, muß sich mit ihnen über ihre dennoch allzu zögerliche Haltung, mit der sie den Fortschritt vertreten, kollektuell auseinandersetzen. Ich halte das für legitim und richtig, nicht zuletzt deshalb, weil man auf diese Weise auch lernt, das Erforderliche noch einen Schlag konsequenter zu tun.

Was das Erforderliche angeht, so hoffe ich, daß die gegenwärtige allgemeine politische Diskussion über Polen da weiteren Auftrieb gibt. In meinen Augen ist es durchaus kein Nachteil, daß wir zur Zeit, wenn wir die "Tagesschau" einschalten, "polnisches Fernsehen" gezeigt bekommen und daß damit hierzulande eine Reihe von Details in bezug auf Polen diskutiert wird, deren Parallelen in der Bundesrepublik von den Medien gar nicht aufgegriffen werden. So mancher auch überregionale Streik in der Bundesrepublik verdiente hier bei uns gelegentlich die gleiche Aufmerksamkeit, die der eine oder andere lokale Streik in Polen findet.

Bei uns hierzulande kann die politische Diskussion über die Verhältnisse oder die Veränderung von Verhältnissen in Polen dazu beitragen - und das erhoffe ich mir - , daß wir politische Karten nicht mehr nur juristisch sehen, sondern politische Karten als etwas Gestaltbares erkennen, auf das Einfluß zu nehmen möglich ist.

+

WOLFGANG HEINZ:

Mein Vorredner von der polnischen Seite hat vieles gesagt, was ich mir notiert habe. Ich stimme dem zu - bis auf einen Punkt: Wer sich auf die internationalen Verabredungen der Siegermächte des zweiten Weltkrieges beruft, braucht dann auch deren Verantwortung für Gesamtberlin nicht auf eine Verantwortung nur für West-Berlin zu reduzieren.

Zu Herrn Katzy möchte ich sagen: Es ehrt ihn, daß er vorhin das Angebot, er sei ein "grauer Rabe" im Kontext seiner Partei, nicht mißbraucht hat, um hier "gut wegzukommen". Viele von uns wissen aus zahlreichen Debatten im Landtag, wie seine Position ist.

Aber, Herr Katzy, Sie müssen umgekehrt auch verstehen, daß bei den polnischen Partnern die Haltung etwa von Walter Leisler-Kiep sehr viel weniger ins Gewicht fällt, solange Leute wie Czaja, Becher und Hupka, früher Seeböhm und andere, auf Vertriebenenentreffen - und nicht nur dort - Positionen vertreten, die nicht nur empfindliche Zeitgenossen sehr leicht als revisionistische Positionen interpretieren können, vielleicht auch interpretieren müssen.

Das ist die Schwierigkeit, mit der wir alle zu tun haben, wenn wir über das polnisch-deutsche Verhältnis und die deutsch-polnischen Schulbuchvereinbarungen sprechen. Dabei geht es ja nicht nur um mangelnde Sorgfalt bei der Umsetzung. Das Problem, daß es keine, oder doch so gut wie keine Lehrerfortbildung zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen gibt, haben wir ähnlich ja bei vielen anderen Neuerungen, die nicht internationale und zwischenstaatliche Bezüge betreffen, auch im nordrhein-westfälischen Schulwesen. Das ist mehr oder weniger eine handwerkliche Frage nach der Zuverlässigkeit oder Nachlässigkeit im konkreten bürokratischen Handeln einer Kultusverwaltung.

Wichtiger ist hier, daß wir auch unter uns Deutschen noch einmal festhalten, aus welcher Haltung, aus welchem Geist heraus wir den Warschauer Vertrag und die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen interpretieren und handhaben wollen: Ist das noch der Ansatz der Stuttgarter Erklärung gleich nach dem Krieg? Ist das noch der Ansatz derjenigen, die von Besuchen in Auschwitz tief betroffen sind? Oder stehen wir in der Gefahr, diese Ansätze in einer - ich möchte schon sagen - kleinkarierten juristischen, juristisch einwandfreien, in sich logisch abgeleiteten, aber doch politisch überholten und eigentlich nach dem Krieg auch nie zeitgemäß gewesenen Erklärung kaputt zu machen? Da ist dann wirklich die Frage, ob der Aufbruch der sozial-liberalen Koalition mit alledem, was sie dann zustande gebracht hat,

auf Dauer trägt, oder ob wir in einer nachlässigen, allmählich auch unmutigen Streiterei auch hier, innerhalb der Bundesrepublik, nicht viele wichtige Ansätze kaputt machen.

Nun noch eine Bemerkung über die Möglichkeiten der noch strittigen Punkte und dazu die Aufforderung an die polnischen Partner, hier nicht allzu besorgt zu sein - bei aller notwendigen Aufmerksamkeit und dem Mißtrauen, das ja sicher, historisch verständlich, auch noch vorhanden ist. Das, was sich gestern in Bonn abgespielt hat, hatte ursprünglich einen ganz anderen Ansatz, spielt aber in unser Thema ganz entscheidend mit hinein. Ich kann die revisionistischen Ansätze in verschiedenen politischen Lagern der Bundesrepublik nicht quantifizieren, aber ich bin davon überzeugt, daß bei der Haltung, die sich gestern durch Hunderttausende als charakteristisch für die Jugend in der Bundesrepublik artikuliert hat, dieser Revisionismus überhaupt keine Chance mehr hat.

Dies zu stabilisieren ist Aufgabe einer wohlüberlegten, inhaltlich definierten Bildungspolitik in der Bundesrepublik, aus den vorhin genannten Gründen zuvörderst hier in Nordrhein-Westfalen.

+

STEPHAN THOMAS:

Vielleicht zwei, drei Sätze hier noch. Ich war ein bißchen betroffen von dem - beinahe könnte man sagen - politischen "Hick-Hack", das eben hier ablief, in der Weise, daß man Herrn Katzy von der CDU etwas bedrängte. Ich glaube, wir müssen ihm abnehmen, daß er seinen eigenen freien Beitrag zum deutsch-polnischen Dialog aus vollster Überzeugung leistet. Wir sehen in ihm einen engagierten Mann der CDU, der hier seinen Anteil überzeugend dargestellt hat. Das reißt natürlich das ganze Spektrum Ihrer Partei auf, Herr Katzy, Sie werden das sicher auch zugeben, denn hier sind Namen und sind natürlich auch Dinge genannt worden, die mit der Gesellschaft, die mit der politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik viel zu tun haben.

Ich möchte folgendes sagen: Wenn man den Verlauf der deutsch-polni-

schen Beziehungen geschichtlich sieht - und hier sind ja sehr viele Historiker, und der geschichtliche Bezug ist immer wieder angesprochen worden -, dann ist das, was sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat, natürlich ein ungeheurer Fortschritt. Daran gibt es gar keinen Zweifel. Wenn man bedenkt, wie antipolnisch die Weimarer Republik war und was dann im Namen Deutschlands durch die Hitler-Barbarei geschehen ist, dann ist es ja doch zwangsläufig, daß in dieser Nation von 80 Millionen Menschen dieses konservative historisierte Element gegen Polen - Bismarck ist hier von unserem Freund Podkowinski ja genannt worden - sich in der öffentlichen Meinung noch immer widerspiegelt. Das ist doch klar.

Was man sehen muß, ist der Fortschritt. Natürlich darf es dabei keine Illusionen geben. Aus meiner Sicht - und da bin ich skeptisch - steht es immer noch 50:50, wenn es um bestimmte Dinge in dieser großen historischen Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Polen geht. Aber wir haben qualitativ viel erarbeitet, und das ist - will ich sagen - eines der wichtigsten Elemente, die man sehen muß.

+